

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: Vierteljahrs 3,20 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen über deren Raum 50 Pfg., für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (steigende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengröße und Schließstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 9. Juni 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Hungersnotpreise für Getreide.

Die Getreidepreise in Deutschland haben eine derartige Höhe erreicht, daß sie als Hungersnotpreise bezeichnet werden müssen. Am Sonnabend, den 5. Juni, notierte an der Berliner Börse Weizen für Julilieferung 254 M. pro Tonne (gleich 1000 Kilogramm), für Septemberlieferung 226,75 M.; sofort lieferbare Ware wurde überhaupt nicht angeboten. Roggen notierte 196 M., für Juli 196,75, für September 175 M. Die Preisbewegung an den Hauptmarktplätzen wird durch folgende Zusammenstellung der Preisnotierung des Landwirtschaftsrates charakterisiert. Es wurde gezahlt für 1000 Kilogramm in Mark:

	am 9. Januar	am 6. April	am 25. Mai
Weizen			
Berlin	210,75	239,—	268,75
New York	186,65	199,15	228,05
Liverpool	171,90	192,05	206,60
Paris	157,15	168,—	219,15
Odesa	163,20	182,55	189,10
Budapest	213,70	239,95	258,90
Roggen			
Berlin	173,50	178,50	197,75
Odesa	138,15	140,50	145,75

Es hat somit Berlin zurzeit unter allen Handelszentren die höchsten Preise. Dabei ist zu bemerken: der New Yorker Preis wird künstlich hochgehalten durch die Spekulanten, die Getreide eingeschmuggelt haben. Nur dadurch erklärt sich, daß in Liverpool der Preis trotz der Frachtkosten niedriger steht als in New York. Die Berliner Notierung ist um 62,15 M. höher als die Liverpooler, d. h. um mehr als den Betrag des Zolles von 55 M. und der Frachtkosten, die rund 5,50 M. betragen. In Paris ist die Notierung um 49,60 M. niedriger als in Berlin. Nur Budapest hat einen Preis, der sich dem Berliner nähert, was sich aus ganz besonderen Verhältnissen erklärt. Infolge der Mobilisierung im April sind nämlich gewaltige Mengen Getreide von den Probitantämtern aufgekauft und dadurch der Markt von Vorräten entblößt worden.

Bergleichen wir die Markpreise in Berlin in diesem Jahre und im Durchschnitt der letzten zehn Jahre, so ergibt sich folgendes:

Weizenpreis 1909	262,60 M.
Weizenpreis im Durchschnitt 1899—1908	164,50
Roggenpreis 1909	197,50
Roggenpreis im Durchschnitt 1899—1908	149,29

Der Weizenpreis hat eine bisher überhaupt nicht dagewesene Höhe erreicht; der Roggenpreis war nur im Jahre 1907 höher, und nur weil Rußland 1906 eine vollständige Missernte in Roggen hatte.

Der Antrag des Grafen Kanitz im Jahre 1894 forderte: der Getreidehandel wird Reichsmonopol und das Reich setzt den Preis so fest, daß er dem Durchschnittspreis der Periode 1855—1894 entspricht; dieser Durchschnittspreis ergab: Weizen 215 Mark, Roggen 165 Mark. Damals sprach Wilhelm II. von „Brotwucher“. — Also 1894 wurde der Weizenpreis von 215 Mark als Brotwucherpreis bezeichnet; heute haben wir einen Weizenpreis von 268,75 Mark!

Woher kommen diese wahnwitzigen Preise? Den entscheidenden Einfluß auf die Preisgestaltung hat das Erntergebnis: eine Missernte muß die Getreidepreise in die Höhe treiben. Indessen hat Deutschland im Jahre 1908 eine überaus reiche Ernte gehabt. Das Ergebnis der Roggenernte war 10 700 000 Tonnen, das höchste Erntergebnis, das jemals in Deutschland erreicht worden ist. Das Ergebnis der Weizen-ernte war 8 750 000 Tonnen, während die Durchschnittszahl für die letzten 15 Jahre 3 600 000 Tonnen ist. Also: eine Rekordernte in Roggen, eine über dem Durchschnitt stehende Weizen-ernte und dabei Hungersnotpreise, Preise, die um 25 Proz. höher sind als die, die die Agrarier sich bisher in ihrer Innerlichkeit wünschten. Eine tolle, eine wahnwitzige Wirtschaft: trotz des Segens der Fluren wird das Brot unerschwinglich teuer!

Auch das Ergebnis der Welternte erklärt die Preisgestaltung in Deutschland nicht. Die letzte Welternte war eine Durchschnittsernte. Die Ernte des Jahres 1907 blieb etwas unter dem Durchschnitt zurück. Nach der Berechnung des bekannten Fachorgans von Beerboom betrug die Weizen-ernte 1905 = 90,2 Millionen Tonnen, 1906 = 91 Millionen, 1907 = 85,6 Millionen, 1908 = 87,1 Millionen. Die glänzende Ernte des Jahres 1908 ermöglichte es, daß im Jahre 1907 noch beträchtliche Vorräte am Lager waren, und deshalb stiegen zwar die Preise, als der schlechte Ausfall der Ernte von 1907 bekannt war, aber sie hielten sich in mäßigen Grenzen. Nur Roggen erreichte unerhört hohe Preise. Das erklärt das hohe Preisniveau auf dem Weltmarkt, aber es erklärt noch nicht die Hungersnotpreise auf den deutschen Märkten. Man sollte meinen, daß sobald Deutschland eine glänzende Ernte hat, die Preise in Deutschland niedriger stehen müßten, als es dem Weltmarktniveau entspricht. In Wirklichkeit sehen wir, daß der Weizenpreis in Berlin um 62,15 Mark über dem Preis von Liverpool steht, der Roggenpreis um 52 M. über dem Preise von Odesa. Trotz der für den deutschen Konsum günstigen Konstellation

ist der Preis um einen Betrag über den Weltmarktpreis gesteigert, der den Zoll übertrifft.

Frägt man die Getreidehändler nach der Ursache dieser abnormen Preisgestaltung, so erhält man die Antwort: der deutsche Markt ist von Getreide entblößt, es ist keine Ware zu haben. Die Marktberichte bestätigen das. Woher kommt das nun aber? Die Antwort ist längst gegeben: die reiche deutsche Ernte ist nach dem Auslande geschwommen, der Markt ist künstlich der Vorräte entblößt worden. Das wird vollumfänglich bestätigt durch die amtlichen Zahlen über die Ausfuhr und Einfuhr von Getreide. In der Zeit seit der Ernte, vom 1. August bis 30. April, gestaltete sich der Auslandshandel mit Getreide folgendermaßen: in Doppelzentner:

	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr
	Roggen		Weizen	
1908/09	7 387 495	1 687 711	3 584 096	14 293 168
1907/08	2 017 561	3 608 379	1 568 110	17 554 720
1906/07	2 493 969	5 189 943	2 718 872	15 313 943

Also eine ganz enorme Steigerung der Ausfuhr besonders beim Roggen. Das ist die Folge des Systems der Einfuhrschemine, die eine Ausfuhrprämie ergeben! Die Rekordernte des Jahres 1908 wurde auf die ausländischen Märkte geworfen; der deutsche Roggen ging nach den skandinavischen Ländern, nach Holland, ja selbst nach den russischen und finnischen Ostseehäfen; denn erntens war russischer Roggen knapp, zweitens erhielten die Exporteure auf jede Tonne ausgeführten Roggens 50 M. Ausfuhrprämie; es wurde ihnen der volle Zoll in Form der Einfuhrschemine gezahlt. Und noch ist diese Operation nicht beendet. Die Ausfuhr droht noch größer zu werden, denn der Bericht über die Bestände der Zöllner besagt: Es lagerten Ende April 1908 = 102 292 Doppelzentner ausländischen und 62 849 Doppelzentner inländischen Roggens; dagegen Ende April 1909 = 88 324 Doppelzentner ausländischen und 96 802 Doppelzentner inländischen Roggens. Diese Bestände inländischen Roggens werden ausgeführt, wenn die Preisgestaltung an den fremden und den einheimischen Märkten den Exporteuren die volle Ausnutzung der Exportbestände gestattet; nur wenn der Inlandspreis noch weiter steigt, werden sie aus dem Lager zurückgezogen und auf den einheimischen Markt gebracht.

Kennzeichnend ist übrigens, daß an den Getreidemärkten, besonders im Osten, in Posen, Breslau, Königsberg, die Händler behaupten, es lagere noch viel Roggen auf den großen Gütern, aber die Großgrundbesitzer hielten auch jetzt noch zurück. Sie spekulierten auf ein weiteres Steigen der Preise.

Ferner wird berichtet, die Mühlen hätten bis in die letzte Zeit möglichst wenig gekauft, weil der Mehlpreis nicht im gleichen Maße gestiegen sei wie der Getreidepreis: eine Meldung, die darauf schließen läßt, daß der Profiteure zurückgegangen ist infolge der Krise. Aber die Bestände an Mehl gehen zur Neige, und auch die Getreidevorräte der Mühlen sind gering. Deshalb rechnet man damit, daß in der nächsten Zeit ein starker Anschlag der Mehlpreise erfolgen muß und daß dann auch die Mühlen mit dringender Nachfrage nach Getreide an den Markt kommen werden. Die Preise werden dann noch mehr in die Höhe schnellen. Daraus erklärt sich auch, warum die Preise für Julilieferung noch höher sind als die Preise für sofort lieferbare Ware.

Dazu kommen die ungünstigen Berichte über den Stand der Saaten und die Aussichten für die kommende Ernte. Hier spielt natürlich die Spekulation eine größere Rolle: um den Preis noch weiter in die Höhe zu treiben, stellen die Landwirte den Stand der Saaten schlimmer hin als er in Wirklichkeit ist, und diese Berichte beeinflussen auch die amtlichen Schätzungen. Indessen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Aussichten recht ungünstig sind. Der Winter war frostig und schneecarm, daher haben die Saaten schlecht überwintert. Das Frühjahr brachte ungünstiges Wetter, die Bestellung der Felder wurde in ganz Deutschland stark verspätet. In dieser Hinsicht haben wir ein abnormes Jahr, so daß unter allen Umständen die Ernte um etwa zwei Wochen später reifen wird. Dazu kam im April und Mai empfindlicher Regenmangel, was sowohl die Winter- saaten als auch die Sommer- saaten stark im Wachstum zurückhielt. Der langere Regen, der Ende Mai niederging, hat zwar die schlimmsten Befürchtungen beseitigt, aber es unterliegt gar keinem Zweifel, daß auf eine gute Ernte in Deutschland keine Hoffnung mehr ist. Wird das Wetter bis zur Ernte günstig, dann kann es noch eine knappe Mittelernte geben, mehr nicht. Dazu kommt, daß für die Futtergewächse die Aussichten noch schlechter sind. Die Wiesen sind in trostlosem Zustande, die Ackerfelder sind ausgebrannt, und da auch das Getreide infolge der Dürre im Mai wenig Stroh liefern wird, droht eine ernsthafte Futtermittelnot. — Aus anderen Ländern lauten die Nachrichten im allgemeinen auch ungünstig. In Nordamerika befürchtet man eine sehr knappe Ernte; in Argentinien, wo die Saatzeit in den Mai fällt, wurde infolge anhaltender Dürre die Aussaat stark verspätet; in Rußland haben die Winter- saaten gut überwintert, aber auch dort ist der Regenmangel sehr empfindlich; in Oesterreich und in den Balkanländern sind die Aussichten noch ungünstiger wie in Deutschland. Alles in allem sind die Hoffnungen also gering und die Welternte wird nicht reichlich

sein, ja es ist die Befürchtung vorhanden, daß uns ein Nothjahr bevorsteht.

Diese schlechten Ernteaussichten beeinflussen die Preise auch jetzt schon, und selbst wenn die Ernte schließlich besser werden sollte, als man zurzeit hoffen darf, werden die hohen Preise bis zur Ernte, die diesmal spät kommen muß, weiterhin steigen. Was aber soll werden, wenn die Befürchtungen sich bewahrheiten? Im Jahre der glänzendsten Roggenernte haben wir Hungersnotpreise, was soll werden, wenn wirklich eine Missernte eintritt?

Und noch eines kommt hinzu: in Oesterreich ist der Mangel an Getreide ganz abnorm. Deshalb ist bereits im Reichsrat der Antrag gestellt, die Getreidezölle zu suspendieren. Geschieht das, dann werden selbstverständlich die Vorräte, die noch in Rußland und in den Balkanstaaten vorhanden sind, nach Oesterreich abgeführt werden. Es ist sogar die Gefahr vorhanden, daß auch aus Deutschland noch weiterhin Getreide nach Oesterreich gehen wird.

Die Lage ist daher so ernsthaft wie noch nie. Der ganze Mahnwitz der deutschen Wirtschaftspolitik tritt in der Tatsache zutage, daß auf eine Rekordernte Hungersnotpreise folgen konnten. Dringender als je muß das Proletariat Deutschlands verlangen, daß diese Politik der Stoßschläge auf den Magen des Volkes geändert wird.

Auf preußischem Niveau.

Wir haben kürzlich berichtet, daß die pfälzische Kreisregierung der Wahl des Genossen Wittich zum Bürgermeister und des Genossen Schlotter zum zweiten Adjunkten der Stadtgemeinde Lam Drech die Befähigung verweigert hat. Der Entschluß mußte umso größeres Aufsehen hervorrufen, als ja seinerzeit Genosse Binder als erster Adjunkt von Ludwigshafen a. Rh. ohne weiteres bestätigt worden ist. Jeder Zweifel aber, daß es sich etwa bloß um persönliche und nicht um politische Gründe handeln könnte, wurde durch den Wortlaut der Entscheidung beseitigt, die sich ausdrücklich auf die bisherige politische Befähigung der beiden Gewählten als Grund für die Nichtbestätigung berief. Ebenso wenig kann es einem Zweifel unterliegen, daß die Kreisregierung, die ja viele Wochen mit der Herausgabe der Entscheidung wartete, im Einvernehmen mit dem bayerischen Ministerium handelte.

Dieselbe reaktionäre Haltung, die das bayerische Ministerium im Fall Hoffmann eingenommen hatte, trat also in diesem Fall noch viel klarer zu Tage. Denn hier ist nicht einmal die Möglichkeit eines Vorwandes gegeben, wie es die Verurteilung auf längst abgeschlossene Paragraphen war, die im Fall Hoffmann ausgegraben wurden, um das Gesicht eines sozialdemokratischen Lehrers um Weiterführung des Unterrichts an einer Fortbildungsschule abweisen zu können. Vielmehr liegt in dieser Nichtbestätigung die offene Verfassung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung für Sozialdemokraten. Auch die bayerische Regierung ist auf das Niveau der preussischen herabgesunken, daß es zweierlei Recht im Lande gibt, ein schlechteres für Sozialdemokraten und ein besseres für die Mitglieder der anderen Parteien. Auch die bayerische Verwaltungspraxis schafft also ein willkürliches, ungesetzliches Ausnahmerecht gegen die Sozialdemokratie.

Wenn aber die „Frankl Tagespost“ richtig informiert ist, so würde die Praxis, die sich in der Entscheidung der pfälzischen Kreisregierung ausdrückt, nicht auf Bayern beschränkt bleiben, sondern auch auf jene Gebiete übergreifen, wo bisher noch eine halbwegs anständige Handhabung des Befähigungsrechtes, das längst schon zur Abschaffung reif ist, in Geltung war. Unser Rürnberger Parteiblatt bringt nämlich folgende Nachricht, die ihm von informierter Seite zugeht:

Es handelt sich wieder um eine Unterwerfung der bayerischen Regierung unter den preussischen Terror. Auf Veranlassung der preussischen Regierung haben sich vor einiger Zeit die deutschen Bundesstaaten verständigt, Sozialdemokraten als unmittelbare und mittelbare Beamten, im Staatsdienst wie in der Selbstverwaltung die Befähigung zu verweigern.

Danach hätte also Preußen, dessen Junkern die etwas freiere Atmosphäre Süddeutschlands schon immer verhasst war, die Initiative ergriffen, um seine eigene Verwaltungspraxis, die immer eine Vergewaltigungspraxis gewesen ist, auch den süddeutschen Staaten aufzuzwingen. Bei der bayerischen Regierung hat sie, wie der Fall von Lam Drech beweist, ja auch liebloswärtiges Entgegenkommen gefunden. Natürlich einschuldig der preussische Druck nicht im geringsten die Nachgiebigkeit der süddeutschen Regierung, und unsere bayerische Landtagsfraktion wird schon mit dem nötigen Nachdruck für die staatsbürgerliche Gleichberechtigung, auf die sie ja mit Recht so großes Gewicht legt, einzutreten wissen.

Um so notwendiger wird es sein, die preussische Regierung zu befragen, woher sie das Mandat nimmt, eine geheime Verschwörung der deutschen Regierungen zur Verschlechterung der Volksrechte zu organisieren. Dieser Scheinbund gegen die Verfassung, die die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz verbürgt, kennzeichnet die Richtung, in der sich die Verhältnisse Deutschlands zu entwickeln drohen, wenn der Widerstand der Volksmassen gegen den immer unerträglicheren politischen Druck nicht energischer und rücksichtsloser einsetzt als bisher.

Der Stadtrat von Lambrecht hat übrigens seine Pflicht getan. Am Montag beschloß er einstimmig (also einschließlich der Zentrumsmehrheit) gegen die Nichtbestätigung der Genossen Wittsch und Schloffer durch die pfälzische Kreisregierung Beschlüsse beim Ministerium des Innern einzulegen. Zu der Begründung der Beschlüsse wird in bezug auf die politische Betätigung der beiden Genossen auf die Verfassungsurkunde verwiesen, die allen Staatsbürgern gleiches Recht auf alle Grade des Staatsdienstes und die Gleichheit der Gesetze und vor dem Gesetze garantiert. Es heißt dann, daß deshalb auch kein Bayer, weil er Angehöriger der sozialdemokratischen Partei ist, von dem Amte eines Bürgermeisters oder Adjunkten ausgeschlossen werden kann. Die Verweigerung der Bestätigung wird als verfassungswidrig nicht aufrechtzuerhalten bezeichnet. Gegenüber dem von der Kreisregierung erhobenen Zweifel an der Objektivität und Unabhängigkeit der beiden Genossen wegen geschäftlichen Verhältnisse — Wittsch betreibt eine Wirtschaft, während Schloffer die feine verpackt hat — wird in der Beschwerde darauf verwiesen, daß in mehr als 80 Gemeinden in der Pfalz das Amt eines Bürgermeisters oder Adjunkten durch Wirte ausgeübt wird, die bisher immer die Bestätigung der Kreisregierung fanden.

Zum Schlusse wird das Ministerium ersucht, den Bescheid der Kreisregierung aufzuheben und die beiden Gewählten zu bestätigen.

Die Krise in der Arbeitskonföderation.

Paris, 6. Juni. (Eig. Ver.)

Der Rücktritt des Reformisten Niel vom Sekretärposten hat der Krise in der Arbeitskonföderation kein Ende gemacht. Vielmehr hat die Auseinandersetzung zwischen den beiden Richtungen eine solche Festigkeit angenommen, daß der Zweifel, ob ein weiteres Nebeneinanderleben möglich ist, auch manche ausbauende Versäcker der Einigkeit ergriffen hat. Zu einem neuen leidenschaftlichen Zusammenstoß kam es in der vergangenen Woche auf der Konferenz der Konföderation angeführten Arbeitsbörsen und Föderationen. Auf der Tagesordnung standen wichtige Verwaltungsfragen, wie die der Reiseunterstützung, aber das stärkste Interesse und sehr viel Zeit nahm die Affäre Griffuelhes in Anspruch, mit deren Aufrollung die Reformisten ihre Revanche für die gegen sie von den „Revolutionären“ angebotene Demagogie und für die Verdrängung Niels suchten. Griffuelhes hat als Sekretär den für das „Haus der Verbände“ angesammelten Fonds in höchst eigenmächtiger Weise verwaltet. Auf die formale Uebertragung dieses Vermögens an die Firma: „Griffuelhes u. Cie.“ gestützt, entzog er sich jeder Rechnungslegung und traf nach Gutdünken Dispositionen wie über die Einrichtung einer Druckererei und eines ärztlichen Hilfsdienstes. Sein einstiger Kamerad Levy griff ihn darum an und dieser Konflikt war seitherzeit der Anstoß der Demission Griffuelhes, dem Niel im Amt nachfolgte. Diesmal weigerte sich Griffuelhes, auf der Konferenz Rede und Antwort zu geben, und erklärte sich nur bereit, den Provinzdelegierten persönliche Auskunft zu geben. Die Reformisten und mit ihnen einige Revolutionäre forderten die Einsetzung einer besonderen Untersuchungskommission, doch vereinigte dieser Antrag nur 43 Stimmen auf sich gegen 51 für den vom Revolutionär Luquet eingebrachten, der es dem Bureau der Konföderation überließ, in Gemeinschaft mit Griffuelhes die Rechnungen über das Haus der Verbände und über die für den Hausbau veranfaltete Lotterie, die 21 000 Fr. eingebracht hat, zu überprüfen. Da auch diese Resolution die Notwendigkeit hervorhebt, Bürgschaften dafür zu schaffen, daß das Verbandshaus in einer möglichst kurzen Frist in den Besitz und in die tatsächliche Verwaltung der Konföderation übergehe, und da obendrein bei der Abstimmung 13 Enthaltungen gezählt wurden, ist das Ergebnis für Griffuelhes keineswegs ein moralischer Triumph.

Gleichwohl sehen die meisten Reformisten in dieser Abstimmung einen weiteren Beweis dafür, daß die jetzige Vorstandsmehrheit zu der für ein gedeihliches Zusammenarbeiten notwendigen Objektivität nicht zu bewegen ist. Nach der überaus stürmischen Schlußsitzung der Konferenz, in der Niel in einer eindringlichen Rede noch einmal seine Beschwerden über die Intrigen und Geschäftigkeiten zusammenfaßte, womit die „Revolutionäre“ seine Amtsführung von Anfang an erschwert hatten, verammelten sich die Reformisten zu einer besonderen Beratung über ihr weiteres Verhalten. Es nahmen daran teil: Niel, weiter Guérard (Eisenbahner), Bonnard (Textilarbeiter), Vertreter der Buchdrucker, der Gemeinbedienten, einiger großer Arbeitsbörsen der Provinz u. a. Es wurde beschlossen, an der Einheit der Organisation solange als möglich festzuhalten, aber die Arbeiterchaft über den Fall Griffuelhes aufzuklären. Auch wurde die Gründung eines eigenen Organs angeregt.

Jedenfalls ist die Situation sehr kritisch. In der „Humanité“ nennt Jaurès heute die Spaltung der Konföderation ein „unmögliches Verbrechen“ und ein „Attentat gegen das Proletariat“. Zweifellos würde eine Spaltung auch die meisten der konföderierten Organisationen wenigstens vorübergehend in Mitleidenschaft ziehen, da ja so ziemlich überall kleinere oder größere Minderheiten bestehen, die der anderen Tendenz angehören. Indes dürfte die Frage doch wohl zu erwägen sein, ob die formale „Einheit des Proletariats“ die dauernde Desorganisationsarbeit der Anarchisten und ihrer Mittläufer aufwiegt, die die beschriebene, von den Gewerkschaften errungene Kraft in törichten Abenteuern verzetelt und das größte Hindernis bei der Anwerbung neuer Rekruten ist. Die Einheit des Gewerkschaftsverbandes wäre nicht in Frage gestellt, wenn die Gegenstände in der Konföderation nur die Methode der gewerkschaftlichen Aktion betreffen und nicht ihre Quelle in dem Streben der „Revolutionäre“ hätten, die Gewerkschaften für revolutionäre Unternehmungen zu benützen. Man kann nur hoffen, daß die „reformistischen“ Gewerkschaftler eine Form des Zusammenlebens finden, die der gewerkschaftlichen Propaganda weniger Schwierigkeiten bereitet als die Schonung der Nervösen der Aktion der sozialistischen Partei. Wenn sie die Einigkeit erhalten werden, so werden sie vermutlich dafür andere Argumente finden, als die Erfahrungen der „geinigten Partei“ mit den „Insurrektionellen“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Juni 1903.

Herr Breitenbach aus Schida.

Der schöne Plan des Eisenbahnministers, dadurch den demokratischen Tendenzen der heutigen respektlosen Zeit entgegenzuwirken, daß künftig in den Speisewagen der Eisenbahnzüge die Postpassagiere erster und zweiter Klasse von den Reisenden dritter Klasse getrennt und letzteren nur dann die Teilnahme an

dem Dreimark-Diner gestattet wird, wenn die Hochwohlgeborenen und Hochgeborenen nicht genügend Kuberts belegen, hat in der bürgerlichen Presse einen großen Entrüstungssturm entfacht. Was alle Steuerbeschlüsse Schobos und der Rumpfkommision nicht vermocht haben: die Bürgerseele zum Kochen zu bringen, das komische Absonderungsprojekt des in kleinen Dingen so großen und in großen Dingen so kleinen preussischen Eisenbahnministers hat's erreicht. Aber anstatt einfach die Schildhaer Streiche des genialen Bureaufkraten, der augenblicklich in Preußen als Eisenbahnminister fungiert, spöttisch zurückzuweisen, läßt sich die wohlgenährte liberale Presse auf allerlei Kompromisse ein, indem sie sich den Kopf des Herrn Breitenbach zerbricht und nach allerlei Maßnahmen sucht, die eine Trennung der Jahrgänge in den Speisewagen herbeizuführen vermöchten, ohne die Reisenden dritter Klasse in gleichem Maße zu verletzen, wie Herr Breitenbachs Hürdenplan.

So bringt z. B. die „Köln. Zig.“ die Zuschrift eines ihrer liberalen Leser zum Abdruck, in der es heißt:

„Anderstwo, z. B. in Frankreich, ist Vorschrift, daß die Reisenden zweiter oder dritter Klasse nur während der Wahlzeit Platz im Speisewagen erhalten; das ist weniger radikal, und könnte auch in Preußen von den Zugführern durch die Kontrolle der Fahrkarten im Speisewagen ohne große Störung und Mühe überwacht werden. Es böte sich dann auch das englische System, das die Reisenden dritter Klasse in eine besondere Abteilung des Speisewagens verweist, ihnen dafür aber den Vorteil gewährt, daß sie für einen billigeren Preis als die anderen Reisenden dieselben Speisen, aber mit einem Gang, etwa Geflügel, weniger, aufgetischt erhalten. Ihnen könnte man dann ein für allemal ihren Platz in der Raucherabteilung anweisen, deren Benutzung man ihnen auch auf eine Zigarrenlänge nach der Maßzeit gestatten sollte; das wäre eine dem deutschen Publikum genehme Abweichung von dem englischen System.“

Es soll also im Speisewagen eine Raucherabteilung eingerichtet werden, in der die Jahrgänge dritter Klasse zu zwei Mark speisen können — im schönsten Zigarrenrauch.

Es ist doch gar fetsam um die Gedankenwelt so mancher Liberalen bestellt. Könnte der Speiseraum dritter Klasse nicht auch zugleich als Klosett für die Reisenden erster Klasse dienen? —

Zum Schachern bereit.

Während die Konservativen vorläufig noch an den Steuerbeschlüssen der Rumpfkommision festhalten, belanden die Hauptblätter des Zentrums, die „Germania“ und die „Köln. Volkszig.“, daß, wenn die Regierung sich dazu verstehen sollte, das Steuerprogramm der vaterländischen liberal-konservativ-polnischen Koalition im ganzen zu akzeptieren, das Zentrum selbst in wichtigen Einzelheiten gerne mit sich handeln lassen würde. So schreibt z. B. die „Köln. Volkszig.“:

„Daß die Finanzkommission auf Antrag der Konservativen neue materielle Vorschriften in das Finanzgesetz hineingearbeitet hat, ist zutreffend. Allein es mag die Frage gestattet sein, wie weit handelten die konservativen Antragsteller dabei im Einverständnis — wir glauben fast sagen zu dürfen nach Wunsch — der verbündeten Regierungen? Bei der Zündholzsteuer und der Zollerhöhung für Kaffee und Tee glauben wir solches ohne weiteres annehmen zu können. Anders liegt die Sache bei der Willemsensteuer und beim Kohlenausfuhrzoll. Wohl existiert für letztere Materien eine gewisse Geneigtheit in einzelnen Ministerien und vielleicht bei den zwar nicht reformmäßig, aber tatsächlich sachverständigsten Ministern. Anders sind entscheidende Gegner, und diese scheinen zurzeit die Oberhand zu behalten. Jedenfalls sind letztere beiden Materien, Kohlenausfuhrzoll und Willemsensteuer, ohne Belang für die Deutung des Finanzbedarfs, weil die Finanzkommission diesen Bedarf durch Annahme der Kottierungsteuer auf Immobilien, Wertzuwachs und Umsatzsteuer bereits überdeckt hat, so daß ganz gut ohne Schaden eine oder die andere der kleineren sogenannten Ersatzsteuern in Wegfall kommen kann.“

Reichsverband und Freisinn.

Im dritten Reichsbürger Reichstagswahlkreise, Jerichow I und II, gibt sich der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in letzter Zeit besonders große Mühe, Woten zu gewinnen. Dieser Tage hielten unsere Genossen in Genthin eine gutbesuchte Abwehrversammlung ab. In der Diskussion kritisierte ein Herr Thomas, nachdem er sich als Gegner des Reichsverbandes bekannt hatte, das Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber den Freisinnigen bei der Reichstagswahl im Jahre 1907. Bei dieser Wahl unterlag bekanntlich der freisinnige Lehrer Wertens dem konservativen Kandidaten v. Weyen, was später den Freisinn veranlaßte, oft als der Sozialdemokratie Unterstützung der Reaktion vorzutreiben. Wie wenig Ursache die Herren Freisinnigen zu solchen Vorwürfen haben, bewies die Mitteilung eines Genossen in der Versammlung, daß das Vorstandsmitglied der freisinnigen Volkspartei, Herr Braune, in einer reichsverbandlerischen Versammlung erzählt habe, die Freisinnigen hätten beim letzten Wahlkampf im Kreise Jerichow I und II vom Reichsverbande 300 M. erhalten.

Fürst Eulenburg verhandlungsfähig?

Die verschiedens bürgerliche Blätter mitzutellen wissen, liegt das von der Staatsanwaltschaft eingeforderte Gutachten der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen“ über das Befinden des Fürsten Eulenburg noch nicht im schriftlichen Wortlaut vor. Dagegen ist bereits jetzt bei der Staatsanwaltschaft ein kurzer Bericht der Wissenschaftlichen Deputation auf das Ansuchen der Staatsanwaltschaft eingegangen, demzufolge die Verhandlungsfähigkeit des Fürsten Eulenburg gerichtlich als feststehend zu betrachten ist. Der Wortlaut des Gutachtens wird in einigen Tagen fertiggestellt sein und der Staatsanwaltschaft zugehen. Ursprünglich war seine Fertigstellung erst einige Zeit später beabsichtigt, ist aber durch die Badereise des Fürsten stark beschleunigt worden. Fürst Eulenburg wird jetzt bald zur Rückkehr nach Liebenberg aufgefordert werden. Ueber den Termin der neuen Verhandlung ist ein bestimmter Entschluß noch nicht gefaßt worden.

Daß Billi der Aufforderung, nach Liebenberg zurückzukehren, folgen wird, ist kaum anzunehmen. Vielleicht wird er zunächst — was ihm bei seinen Mitteln nicht schwer fallen dürfte — ärztliche Gutachten einreichen und dadurch die Sache hinauszuziehen. Sollte aber wirklich gegen ihn etwas Ernstliches unternommen werden, wird er einfach die preussische Justiz auslachen und dort seinen Wohnsitz aufschlagen, wo man ihm nichts anhaben kann.

Eine Frage an Bethmann-Sollweg und Dernburg.

In einem „Woth“-Artikel über die „unpatriotischen“ Arbeiterparlamentarier, die in Berlin „vaterlandsfeindliche“ Reden gehalten hätten, fragt der Londoner „Standard“, das Organ der englischen Konservativen:

„Was würde man in Deutschland sagen, wenn die englische Regierung Herrn Wobell oder anderen Sozialistenführern, die London besuchen und dort die deutsche Flottenpolitik verurteilen, solche Ehrungen erwies, wie sie die Staatssekretäre Bethmann und Dernburg den englischen Besuchern erwiesen haben?“

Was sagen die Herren Bethmann-Sollweg und Dernburg dazu, daß sie von der englischen „Kreuzzeitung“ beschuldigt werden, Leute empfangen und geehrt zu haben, die von den englischen Konservativen

den deutschen Sozialdemokraten gleichgestellt werden? Wüssen die Herren Staatssekretäre nicht fürchten, den deutschen „Kraut- und Schlotjunker“ verdächtig zu werden? Und schaudert ihnen selbst nicht nachträglich, mit Vertretern einer Partei, die im Internationalen Sozialistischen Bureau vertreten ist, in offizielle Berührung getreten zu sein? Oder können sie Sozialismus vertragen, wenn er aus dem Auslande kommt?

Im übrigen ist zu der Frage des „Standard“ zu bemerken, daß der Fall, den er hypothetisch setzt, niemals eintreten kann. Denn deutsche Sozialdemokraten würden sich nicht in eine Lage begeben, wo sie in Gefahr geraten, von den regierenden Vertretern der Kapitalistenklasse zu Zwecken gebraucht zu werden, die nicht die der Arbeiterklasse sind. Wir vermuten übrigens, daß die jubringlichen Redereien der deutschen Staatssekretäre das Verständnis für unsere Politik bei unseren englischen Freunden gefördert hat. Genauere Kenntnis der kontinentalen Verhältnisse wird es verhüten, daß Vertreter der englischen Arbeiterpartei wieder in eine Gesellschaft geraten, die ihrer nicht ganz würdig ist. —

Sonderbarer Mangel an Verständnis.

Die „Frankische Tagespost“, unser Nürnberger Parteiblatt, sagt in ihrer letzten Nummer:

„Daß die deutsche Sozialdemokratie sich offiziell von dem Empfang unserer englischen Freunde ausgeschlossen hat und ihn bürgerlichen Leuten überließ, scheint uns eine Leistung, für die uns jedes Verständnis fehlt. Unsere Berliner Genossen sind doch eben erst in Begleitung der anrühmlichen Berliner Stadtfreiwillichen nach London gefahren!...“

Nach den Intentionen des Nürnberger Parteiblatts hätte die deutsche Sozialdemokratie sich aber trotz des vorher festgesetzten Besuchsprogramms am Empfang der englischen Arbeiterparlamentarier beteiligen müssen. Sie hätte sich demnach dazu hergeben müssen, das nötige Wohl, das den Herren v. Verleysch und Goldschmidt fehlt, für die Hirsch-Dunkerische Gewerkschaftsversammlung zu stellen, hätte am Montagabend die Götze auf Wilhelm II. und Eduard VII. über sich ergehen lassen müssen u. a. m. Wir müssen gestehen, daß uns jedes Verständnis für die Zumutung der „Frank. Tagespost“ fehlt, ebenso wie für die ganz unmotivierten Anrempelung der Berliner Genossen.

Uebrigens wird in den nächsten Tagen über die Angelegenheit eine eingehende Darstellung veröffentlicht werden auf Grund einer Aussprache, die am Sonntag zwischen Vertretern der Arbeiterpartei und den Vertretungen der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Gewerkschaften stattgefunden hat.

Lieb Vaterland, wagst ruhig sein.

Wie der „Dresdener Anzeiger“ meldet, hat der ehemalige Leutnant Wilske, der Verfasser des bekannten Romans „Aus einer kleinen Garnison“, einen neuen Roman aus dem Soldatenleben, den den Titel führt: „Lieb Vaterland“, geschrieben. Der Roman ist jedoch beschlagnahmt worden.

Landtagsersatzwahl.

Für die am 12. Juni stattfindende Landtagsersatzwahl im Wahlkreise Kreuzburg-Rosenberg hat das Zentrum an Stelle des bei einer Automobilmfahrt tödlich verunglückten Grafen Wallestem den Grafen Fieien auf Smolice, Kreis Kosen, als Kandidaten aufgestellt.

Staatsrat v. Schifer †

In der Nacht zum Sonntag verstarb der württembergische Staatsrat und Bundesbevollmächtigte v. Schifer im 62. Lebensjahre. Der Verstorbene, eines der ältesten Bundesratsmitglieder, war auf gewerblichem und sozialem Gebiete außerordentlich kenntnisreich und tätig. Sein Wirken auf diesen Gebieten nach insbesondere von der Art seiner preussischen Kollegen, durch Aufgeblähtheit die sachliche Unkenntnis und das antizipale Empfinden zu verdecken, außerordentlich günstig ab. In den Kommissionen zur Vorbereitung der Gewerbeordnungsnovellen und der Versicherungsgesetze, im Reichsversicherungsamt und im Beirat für Arbeiterjurisprudenz wurde seine Sachkenntnis und soziale Empfinden auch von den Vertretern der Arbeiterklasse sehr geschätzt und anerkannt. Der Verstorbene hat sich auch literarisch, insbesondere durch seine Kommentare zum Krankenversicherungsgesetz und zur Gewerbeordnung, um die Auslegung und Popularisierung sozialer Gesetze lebhaft betätigt. —

Militärische Erziehung.

Ein Husar der 3. Schwadron des Braunschweiger Husarenregiments, der sich zu einem neugebildeten Truppenteil nach Metz hatte versetzen lassen, wurde von dort wegen eines hochgradigen Nervenleidens als dienstuntauglich entlassen. Da der junge Mann vorher nie krank gewesen war und freiwillig in völlig gesundem Zustande seinen Militärdienst angetreten hatte, forschten seine Eltern den Ursachen der Krankheit nach. Hierbei kam, wie der „Braunschw. Volksfreund“ berichtet, ans Tageslicht, daß der junge Mann in der Husarenkaserne zu Braunschweig längere Zeit hindurch fast täglich mehrere Male von einem Wehrentschändlich mißhandelt, schikaniert und geschlagen wurde. Gegen den famosen Soldaten-erzieher, der mittlerweile zum Unteroffizier befördert wurde, ist ein Strafverfahren eingeleitet. Das bedauerliche Opfer des Militarismus, der entlassene Husar, ist nun gezwungen, noch einen Kampf um eine Entschädigung zu führen, da er möglicherweise nicht mehr imstande ist, seinem erlernten Beruf nachzugehen. Bemerkenswert ist noch, daß der Mißhandelte freiwillig und mit großer Freude die Husarenuniform angezogen hat. ...

Ein Soldatenschinder

stand in der Person des Unteroffiziers Ullrich vor dem Kommandanturgericht in Koblenz. Er hat bei dem Telegraphenbataillon Nr. 8 als Geleiter die ihm unterstellten Leute in empörender Weise gequält. Mehrere Male am Tage ließ er die Stube durch alle Mannschaften scheutern. In einer ganzen Reihe von Fällen nahm er an den Leuten ohne Befugnis körperliche, das Schamgefühl der Soldaten verletzende Untersuchungen vor. Witten im Winter, nachts 1/2 Uhr, mußten alle Mannschaften der Stube aus den Betten und sich auf den Boden legen, unter Vott kriechen und andere blödsinnige Befehle des „Vorgeleiteten“ ausführen. Ein Plomier mußte trotz der fürchterlichen Kälte im Hemde stundenlang auf dem Plur liegen. In mindestens 70 Fällen wurden ihm Mißhandlungen beim Erzählen nachgewiesen. Trotz der zahlreichen Maltrattierungen wurde jedoch von keinem der Soldaten eine Meldung erstattet.

Das Kriegsgericht verhängte über den mittlerweile zum Unteroffizier avancierten Soldatenschinder nur zwei Monate Gefängnis, ohne ihn zu degradieren.

Die tote Maus im Soldateneffen.

Die Lörzacher „Volkszeitung“ berichtete aus Mühlheim (Waden):

„In der hiesigen Kaserne beim 2. Bataillon passierte es kürzlich, daß in den Kochkessel, in dem Wasser zum Zubereiten wurde, sich ein Mauschen verirrt, ums Leben kam und als Beigabe zu Tische serviert wurde. Das war fatal und nicht zum Essen einladend. Die Sache sprach sich herum und mußte auch in die Offizierskreise gedrungen sein. Am anderen Tage beim Kompagnieerzieren fragten nämlich die Hauptleute, wer eine Beschwerde über das Essen vorzubringen hätte, solle vortreten. Einige Mann, darunter zwei von der 8. Kompagnie, traten vor, um ihre diesbezüglichen Beschwerden vorzutragen. Und was geschah? Mittelarreststrafen wurden über diese zwei Mann verhängt.“

Das Blatt fragt mit vollem Recht, weshalb die beiden Soldaten bestraft wurden. Wir sind gespannt darauf, ob es eine Antwort erhält und was für eine!

Oesterreich.

Die Abstimmung über die Dringlichkeitsanträge.

Wien, 8. Juni. Das Abgeordnetenhaus, welches heute fast besetzt war, setzte die Beratung über die Dringlichkeitsanträge betreffend die bosnische Agrarbank fort. Generalredner contra Abg. Glombinski betonte, alle Parteien seien darin einig, daß die Amtenablösung nur im Wege des Staatsinstituts gedeihlich durchführbar sei, und daß die Konzeptionierung der Agrarbank durch das gemeinsame Finanzministerium ein großer Fehler gewesen sei. Dr. Adler (Sozialdemokrat) erklärte, das Haus sei es der Ehre des Parlaments schuldig, der Regierung, welche den einseitigen Beschluß des Hauses mißachtet habe, sein Mißtrauen auszusprechen. Dr. Morsey unterbreitete seine feierlich von dem Annerkennungsschluß angenommene Resolution. Nach einem Schlußwort des Abgeordneten Sukerfic, welcher nicht nur dem gemeinsamen Finanzministerium, sondern auch der gegenwärtigen und den früheren diesseitigen Regierungen Plichtbargessenheit gegenüber Bosnien vorwarf, folgten tatsächliche Verhandlungen, worauf unter allgemeiner Spannung zur Abstimmung geschritten wurde.

Unächst erfolgte die namentliche Abstimmung über den ersten Teil der Resolution Sukerfic, in welcher die Mißbilligung für die Konzeption an die bosnische Agrarbank ausgesprochen wird. Mit 241 gegen 237 Stimmen wurde dieser Teil der Resolution abgelehnt; die Stimmabgabe der Minister Bilinski und Jarzel wurde mit lebhaften Protesten seitens der Opposition begleitet, die Stimmabgabe durch den Präsidenten Patai rief Protest bei den Tischen hervor. Ebenso wurde der zweite Teil der Resolution Sukerfic mit 243 gegen 227 Stimmen, und der dritte Teil der Resolution in namentlicher Abstimmung mit 241 gegen 237 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde die Resolution Redlich in den ersten drei Punkten einstimmig und im letzten Punkt betreffend das Verbot der Collierung der Aktien der bosnischen Agrarbank, mit großer Majorität angenommen. Ebenso wurde einstimmig die Resolution des Abg. Baron Morsey angenommen, welcher u. a. dem gemeinsamen Finanzministerium das Mißtrauen ausspricht. Endlich wurde die Resolution Selbster, betreffend die Schaffung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes für die gemeinsamen Minister angenommen. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Frankreich.

Drei Milliarden für die Flotte.

Paris, 8. Juni. Nach dem in der Schlußsitzung des höheren Marinerats aufgestellten entgeltlichen Programm soll die französische Kriegsflotte bis zum Jahre 1919 45 Panzerschiffe, 12 Aufklärungstreuzer, 60 Torpedobootszerstörer, 84 Torpedoboote und 64 Unterseeboote besitzen. Die Kosten werden sich auf drei Milliarden Frank belaufen, von denen die jährlichen Kredite des Marineministeriums für Neuherstellungen im Betrage von 120 Millionen in Abzug zu bringen wären.

England.

Eine Rede Grey.

London, 8. Juni. In der heutigen Sitzung des Presse-Kongresses hielt Staatssekretär Grey eine Rede, in der er die Aufrechterhaltung des Flottenstandards als die wichtigste Frage nicht nur für die Engländer, sondern auch für alle überseeischen Besitzungen mit Selbstverwaltung bezeichnete. Seine ganze Politik gebe dahin, das Reich zu konsolidieren und zu entwickeln und Streitigkeiten mit anderen Nationen so viel als möglich zu vermeiden. In der auswärtigen Politik herrsche zurzeit zwar kein stürmisches Wetter, aber infolge der außerordentlich hohen Rüstungsausgaben mache sich eine Schwüle bemerkbar. Die auswärtige Politik dieses Landes bestehe darin, zu halten, was wir haben, es zu befestigen und zu entwickeln, Streitigkeiten mit anderen Nationen soweit als möglich zu vermeiden und im Rate der Völker und in der Politik überall in der Welt jene Ideale hochzuhalten, auf die wir zu Hause so viel Wert legen.

Türkei.

Die Kretrage.

Paris, 8. Juni. Der „Agence Havas“ wird aus Konstantinopel bestätigt, daß die Türkei die Mächte aufgefordert hat, vorläufig noch die internationalen Truppenkontingente in Kreta zu belassen. Bei Räumung Kretas durch die Truppen würde die Türkei sich vorbehalten, keinerlei Verletzungen des gouvernementalen status quo, wie sie solche seit Erklärung der Angliederung an Griechenland gebildet hat, mehr zuzulassen und somit auf den vorliegenden Stand der Dinge zurückzukommen. Aus London wird der „Agence Havas“ gemeldet, die vier Schutzmächte hätten noch keinerlei Entscheidung getroffen, um im Falle der Räumung Kretas durch die internationalen Truppen den Schutz der Ottomanischen Flagge sicherzustellen.

Für die Zulassung zum Heeresdienst!

Saloniki, 8. Juni. Die Bulgaren verweigern im ganzen Lande entschieden die Zahlung der Militärsteuer und veranstalten überall Kundgebungen zugunsten der Zulassung zum Dienst. Im Lidewsch, wo die Behörden auf Zahlung der Steuer bestanden, mußten mehrere Verhaftungen vorgenommen werden, wobei es zu einem Aufruhr kam. Das Volk zog vor den Konal und erzwang gegen Sicherstellung die Freilassung der Verhafteten. Die Behörden erwarten vom Ministerium neue Verhaltensmaßnahmen.

Kriegsgerichtsarbeit.

Konstantinopel, 7. Juni. Der Herausgeber des Blattes „Mizab“ Murad, ist vom Kriegsgericht zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt worden.

Sollerhöhung.

Nach Angabe der Worts hat England einer Sollerhöhung auf fünfzehn Prozent zugestimmt unter der Bedingung, daß die dreiprozentige Erhöhung für das mazedonische Budget aufrecht erhalten werde.

Aus der Partei.

Abermals die Geldquellen der „S. M.“

Von der Geschäftsführerin des Verlages der „Sozialistischen Monatshefte“, Genossin M. Mundi, ist dem Genossen Webel folgender Brief gesandt worden, um dessen Veröffentlichung wir ersucht werden:

Verehrter Genosse Webel!

Sie schreiben dem „Vorwärts“, daß Ihnen vor einigen Jahren aus zuverlässiger Quelle die Mitteilung wurde, daß die Genossin Mundi in Frankfurt a. M. erschien und auf Grund einer längeren Liste mit Namen bürgerlicher Politiker eine Geldsammlung für die „Sozialistischen Monatshefte“ unternahm. Auf der Liste befand sich unter anderem der Name eines mittlerweile zum preussischen Landtagsabgeordneten avancierten Freisinnigen.

Ich kann Ihnen — gewiß auch zu Ihrer Freude — mitteilen, daß die falsche berichtet worden sind. Ich war im Jahre 1905

in Frankfurt und habe mit einer ganzen Reihe von Parteigenossen über die Beschaffung von Mitteln für die „Sozialistischen Monatshefte“ beraten. Der einzige nicht unserer, aber auch keiner anderen Partei angehörige Mann, den ich auf Empfehlung vieler alter Frankfurter Genossen um materielle Beistand für die „Sozialistischen Monatshefte“ anging, war als Geldgeber für Zwecke der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften bekannt; er war natürlich auch der einzige, der einen Beitrag leistete, und zwar einen einmaligen. Nach Ihrer Quelle soll ich im besonderen auch einen von Ihnen ziemlich deutlich bezeichneten jetzigen Landtagsabgeordneten um Unterstützung für die „Sozialistischen Monatshefte“ ersucht haben. Das ist nicht wahr; wiederum auf Rat von alten Parteigenossen habe ich mich bei ihm, der mit dem oben erwähnten Manne persönlich befreundet war, nur privatim zu informieren versucht, ob und wie ich mich jenem nähern könnte.

Er erscheint mir nach allen unseren Erklärungen fast überflüssig, hier nochmals zu versichern, daß die „Sozialistischen Monatshefte“ niemals von Angehörigen irgendwelcher anderen Parteien materielle Unterstützungen erhalten haben. Auf weiteres kann ich um so mehr verzichten, da Genosse Dr. Arons mir soeben mitteilt, daß er Ihnen inzwischen von seiner erneuten Durchsicht unserer Bücher Kenntnis gegeben hat; er bedauert mit mir, daß seine Feilen Sie nicht vor Abfassung Ihrer Zuschrift an den „Vorwärts“ erreicht haben.

Bei der Wichtigkeit, die diese Angelegenheit für die „Sozialistischen Monatshefte“ hat, werden Sie es begreiflich finden, daß ich von diesem Brief die Parteipresse in Kenntnis setze.

Mit soz. Gruß!

M. Mundi,
Geschäftsführerin des Verlages der „Sozialistischen Monatshefte“.

Unsere Toten.

Am Sonnabend starb in Hamburg Genosse Jakob Schmidt. Er hatte 17 Jahre das Amt eines Distriktsführers für Hamm inne. Als unter dem Sozialistengesetz die aufeinandergepressten Genossen sich sammelten, wieder Anknüpfungspunkte untereinander suchten und eine Organisation schufen, war J. Schmidt einer der ersten mit. Sein Fleiß und seine Ausdauer, auch in recht kritischen Momenten, haben viel dazu beigetragen, die Organisation weiter zu fördern.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Eine verhehlte Spekulation.

Wegen angeblicher Verleumdung des in Brühl bei Köln wohnenden Journalisten Zimmermann wurde vor einigen Wochen vom Schöffengericht in Solingen Genosse Hildebrand von der „Berliner Arbeiterstimme“ zu 75 Mark Geldstrafe verurteilt. Genosse Schaaf, der Geschäftsführer der „Arbeiterstimme“, welcher ebenfalls angeklagt war, wurde freigesprochen. Die „Arbeiterstimme“ hatte die Geschäftspraktiken des betrieblichen Journalisten, die er sich gegen eine Anzahl Zeitungen, darunter auch Parteiorgane, gestattet hatte, einer derben Kritik unterzogen, weshalb Verurteilung wegen formaler Verleumdung erfolgte. Gegen dieses Erkenntnis hatte der Privatkläger Zimmermann Verurteilung angemeldet, weil er eine Verurteilung aus § 187 (verleumderische Verleumdung) erhoffte und weil ihm das Strafmaß zu niedrig erschien. Der tiefere Grund seiner Verurteilung — er gab an, durch den Artikel der „Arbeiterstimme“ schwer geschädigt worden zu sein — mag wohl gewesen sein, daß er dann eine Entschädigungsklage anzustrengen vermöge. Am letzten Sonnabend kam die Sache erneut vor der Oberfelder Strafkammer zur Verhandlung. Der Kläger verlangte, daß Hildebrand mit einer Gefängnisstrafe belegt würde. Das Verurteilungsgericht gab diesem Antrage jedoch nicht statt, sondern erkannte auf Abweisung der Verurteilung. — Der Journalist Zimmermann muß also seine Ehrenrettung mit den halben Kosten der Solinger und den ganzen Kosten der Oberfelder Instanz bezahlen.

Die Presse vor der Revisionsinstanz. Das Reichsgericht vertwarf am 7. Juni die Revision des Genossen P. Poyold von der „Tribüne“ zu Erfurt gegen ein Urteil des dortigen Landgerichts, das ihn wegen Verleumdung des Bürgermeisters zu Altenfeld mit 600 Mark Geldstrafe belegte.

Soziales.

Der Bund freier religiöser Gemeinden Deutschlands

hielt am 6. und 7. Juni in Magdeburg seine 23. Jahresversammlung ab. Der Bund besteht jetzt 60 Jahre. Zum Bundesvorsitzenden wurde Prediger Tschirn-Dreslau und zum Kassierer Bogtberg-Biesbaden einstimmig wiedergewählt. Ein Antrag, die Bezeichnung „Freireligiöse“ in „Konfessionslose“ umzuwandeln, wurde abgelehnt. Annahme fand eine Resolution, die sich gegen die Verdrängung der Freireligiösen durch die preussische Regierung wendet, die Abschaffung des § 166 (Gottesdienstparagraf) fordert und an die Männer und Frauen, die sich innerlich von dem Glauben der Konfessionen losgelöst haben, die Aufforderung zum Austritt aus der Landeskirche richtet. Die Notwendigkeit einer Trennung von Staat und Kirche sowie von Schule und Kirche und einer von allen konfessionellen Quoten freien, dem jugendlichen Geiste angemessenen und dem Standpunkte der heutigen wissenschaftlichen Sittenlehre entsprechenden sittlichen Jugendbildung gab dieselbe Resolution Ausdruck. Als Ort der nächsten Bundesversammlung im Jahre 1911 wurde München bestimmt.

Die Gesamtzahl der Bundesmitglieder zählt gegen 81 000. Außerhalb des Bundes sind in Süddeutschland und in Sachsen noch eine Reihe freier Gemeinden in lokalen Verbänden organisiert, die zusammen circa 7800 Seelen zählen, so daß die Gesamtheit der Freireligiösen nahe an 40 000 beträgt.

Die Zahl der anderen Dissidenten oder Konfessionslosen in Deutschland wurde auf der Jahresversammlung auf 50 bis 60 000 angegeben.

Das Reichsgesetz über Sicherung der Berufsförderungen

ist in dem gestern erschienenen Reichsgesetzblatt veröffentlicht und tritt demnach mit dem 23. Juni in Kraft.

Vereinfachte Fassung des Lehrvertrages.

Die wegen Nichtbeachtung der geschulden und tariflichen Bestimmungen in Buchbinderkreisen „berühmt“ gewordene Großbuchbinderlei Adolf Ludwig, Friedrichstraße 16, klagte gestern gegen den 14-jährigen Buchbinderlehrling Wilm Vorhmann auf Forderung des Lehrverhältnisses. Der Beklagte hatte im Einverständnis mit seinen Eltern das Lehrverhältnis gelöst, weil er mihandelt und bei übermäßig langer Arbeitszeit beschäftigt wurde. Die Klägerin hatte zwei Lehrlinge als Jungen zum gekürzten Termin mitgebracht. Das Gericht begnügte sich mit der Verurteilung eines Jungen. Dieser bekundete, daß der Beklagte wegen seiner Ungefährlichkeit mehrmals Kopfschläge erhielt, jedoch seit Januar, da sich die Mutter des Beklagten darüber beklagte, nicht mehr. Der Beklagte hatte eine regelmäßige Arbeitszeit von 7½ Uhr morgens bis 5½ Uhr abends, die durch eine halbstündige Frühstückspause und eine Tischzeit von einer Stunde unterbrochen wurde. Wesperspauze wurde nicht gewährt. Nach 5½ Uhr mußte der Betrieb fesselt werden. Das talent drei Lehrlinge, darunter auch der Beklagte, gemeinsam. Die Sauerbrun nahm etwa dreiviertel bis eine Stunde in Anspruch und, wenn die Hausdame nicht halfen, auch etwas mehr. Circa 12 bis 15mal hat der Beklagte über die Zeit arbeiten müssen, es mag mehrmals 5½ Uhr geworden sein.

Das Gericht wies auf Grund dieser Beweisaufnahme die Klage ab, weil die groben Verstöße gegen die geschulden Bestimmungen den Lehrling zur Lösung des Lehrverhältnisses berechneten. Dem § 135 und 136 S. O. unterliegen, wie es in den Gründen, auch die in Fabrikbetrieben beschäftigten Lehrlinge, sofern sie noch nicht 18 Jahre alt sind. Demnach dürfte der Beklagte täglich nicht über 10 Stunden hinaus beschäftigt werden, auch hätte die Arbeitszeit durch mindestens zwei Stunden Pause unterbrochen werden müssen. Nach der Beweisaufnahme steht fest, daß gegen diese Arbeiterchutzbestimmungen häufig verstoßen worden ist.

Kautionshaftung.

Zu der Gerichtsverhandlung vor dem Gewerbegericht, über die wir unter dieser Ueberschrift am 4. Juni berichteten, teilt uns die Preussische Badgesellschaft G. m. b. H. folgendes mit: Der Inspektor Fah sei mit den letzten besten Empfehlungen von einer hiesigen großen Badgesellschaft zu ihr gekommen. Sie brachte ihm „selbstverständlich, da derselbe außerdem noch vorher bei der politischen Polizei noch keineswegs das Vertrauen zu dem Beschäftigten rechtfertigt, und wird ferner aus dem gegen sie gefällten Erkenntnis hoffentlich die weitere Lehre ziehen, daß Plakate, die die Vertretungsmacht eines Angestellten ausschließen sollen, für die Gesellschaft nutzlos sind, wenn diese tatsächlich die Vertretung wie in dem zum Prozeß gelangten Fall durch Entgegennahme eines Teils der Gelder billigt.

In dem Wesentlichen des Gerichtsberichtes wird durch diese Mitteilung nichts geändert. Die Preussische Badgesellschaft ist vielmehr nunmehr zu der Erkenntnis gekommen, daß die Beschäftigung bei der politischen Polizei noch keineswegs das Vertrauen zu dem Beschäftigten rechtfertigt, und wird ferner aus dem gegen sie gefällten Erkenntnis hoffentlich die weitere Lehre ziehen, daß Plakate, die die Vertretungsmacht eines Angestellten ausschließen sollen, für die Gesellschaft nutzlos sind, wenn diese tatsächlich die Vertretung wie in dem zum Prozeß gelangten Fall durch Entgegennahme eines Teils der Gelder billigt.

Aus Industrie und Handel.

Kolonienzucker.

Wie die im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Zahlen ergeben, haben die Handelsbeziehungen des Deutschen Reichs mit seinen weitverbreiteten Kolonien im letzten Jahre wiederum einen neuen großartigen Aufschwung genommen. Unsere Einfuhr von dort ist im Jahre 1908 gegen das Vorjahr um 442 000 Mark gestiegen und des Reiches Ausfuhr nach den Kolonien hat bloß um 118 000 Mark — abgenommen. Das ist doch eine hoffnungsvolle Entwicklung, denn von 1906 auf 1907 ergab sich ein Rückgang der Ausfuhr von rund 4 Millionen Mark. Die Zahlen der Einfuhr aus unseren — teuren Kolonien und unsere Ausfuhr dorthin seit 1906 sind diese:

	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamthandel
	in 1000 Mark		
1906	20 290	40 689	60 981
1907	22 386	36 684	59 070
1908	22 778	35 498	58 276

Solche Entwicklung muß die Begeisterung für unsere Kolonialpolitik lichterloh entflammen lassen; da sieht man doch, wie unentbehrlich die „Schutzgebiete“ für des Reiches Wirtschaft sind.

Die Getreidepreise an deutschen Fruchtmärkten haben mit Ausnahme von Getreide die steigende Tendenz der Vormonate im Mai weiter beibehalten. Besonders stark ist der Weizenpreis in die Höhe gegangen. Er stellte sich an 54 Markorten bei einem Umlauf von 34 951 Doppelzentnern durchschnittlich auf 24,68 M. pro Doppelzentner, während er im April 23,45 M. betragen hatte. Im Mai 1908 hatte der Weizenpreis nur 21,47 M. betragen, er steht also um 3,16 M. oder um reichlich 14½ Proz. höher als im Vorjahre. Für die einzelnen Getreidearten ergibt sich folgende Uebersicht:

	Durchschnittspreis für 1 Doppelzentner in Mark	
	Mai	April
	1908	
Weizen	21,47	23,45
Spelz	22,45	24,51
Roggen	18,71	17,04
Gerste	15,46	17,72
Hafer	16,21	18,03
	1909	
Weizen	24,63	24,63
Spelz	25,68	25,68
Roggen	17,82	17,82
Gerste	17,10	17,10
Hafer	18,76	18,76

Die elektrotechnische Industrie im Geschäftsjahr 1908. Von Januar bis einschließlich Mai haben 37 Aktiengesellschaften über das letzte Geschäftsjahr berichtet. Diese Gesellschaften schütten insgesamt auf ein Aktienkapital von 283,77 Millionen Mark eine Dividende von 23,05 Millionen aus, während sie im Jahre zuvor nur 21,07 Millionen verteilt hatten. Im Durchschnitt ergibt sich eine Dividende von 7,4 Proz. für 1908 gegen 7,0 Proz. für 1907. Der Gewinn hat, wie sich aus der Dividendensteigerung schließen läßt, eine Zunahme aufzuweisen: der Reingewinn betrug 1907: 32,82 Millionen Mark, 1908 aber 34,49 Millionen. Abzüglich der Verluste ergibt sich für 1908 ein Gewinnüberschuß von 33,45 Millionen gegen 32,10 Millionen Mark im Jahre 1907. Die Abschreibungen erfuhren ebenfalls eine Steigerung, sie gingen von 6,88 Millionen Mark auf 7,28 Millionen hinauf.

Ein Kongreß der deutschen Elektrizitätswerke tagt gegenwärtig in Nürnberg. Direktor Peter-Dieringhausen hielt einen Vortrag über elektrische Heberlandzentralen. Im Jahre 1892 sei (im Schwarzwald) die erste Heberlandzentrale in Deutschland in Betrieb genommen worden. 1906 existierten bereits 68 solcher Werke und zwar 28 in rein industriellen Gegenden, 9 in rein landwirtschaftlichen Bezirken und 30 Werke in Gebieten mit halb industrieller, halb landwirtschaftlicher Bevölkerung. Rheinland habe mit 14 die meisten Heberlandzentralen; dann folge Bayern mit 6, Schlesien mit 5, Baden mit 4 usw. Im Jahre 1906 sei die hundertste Heberlandzentrale in Deutschland in Betrieb gesetzt worden. Ueber die Rentabilität dieser Werke könne noch kein klares Bild gegeben werden, weil sie alle noch in der Entwicklung sich befänden. Die Werte in industriellen Gebieten rentierten sich jedenfalls am besten; hauptsächlich die großen Werke seien sehr gewinnbringend. Die Landwirtschaft sei nur langsam für die Elektrifizierung ihrer Betriebe zu interessieren; elektrisches Licht an Stelle der Petroleumbeleuchtung halte der Bauer direkt für August. Für die Bearbeitung des Bodens mit elektrisch betriebenen Maschinen, Pflügen usw., seien in Deutschland noch 25 Millionen Mark zu gewinnen und dazu wären 276 Millionen Kilowattstunden nötig. Der elektrisch betriebene Pflug bringe große Ersparnis an Arbeitskräften und liefere einen höheren Ertrag des Bodens. In den letzten Jahren gründeten sich immer mehr Bauerngenossenschaften für gemeinsamen Ankauf von elektrischen Maschinen und gemeinsame Bearbeitung des Landes. Der Referent forderte, der Staat solle elektrische Heberlandzentralen finanziell fundieren. Sehr interessant war die Mitteilung des Redners, daß einige Gemeindeverwaltungen bei Abschluß von Verträgen mit Heberlandzentralen vertraglich festgelegt haben, daß die Heberlandzentralen, wenn sie mehr als einen normalen Gewinn erzielen, verpflichtet sind, die Preise für den Stromverbrauch, dem Mehrertrag entsprechend, herabzusetzen. Ueber hat sich die große Mehrzahl der ländlichen Stromabnehmer von den kapitalistischen Unternehmern absetzen lassen. Die Strompreise der Heberlandzentralen seien in Deutschland sehr verschieden. Der Reinertrage 24, 30, 40 und 45 Pf. für Licht und 11, 15, 20 und 25 Pf. für Kraft.

Gewerkchaftliches.

An die baugewerblichen Arbeiter der Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern und Brandenburg!

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung der Einberufung einer Bauarbeiter-Schutzkonferenz für den 13. Juni nach Berlin, Engelshof 15, teilen wir mit, daß die Delegierten sich so einzurichten haben, daß sie am Sonnabend hier eintreffen.

Die Konferenz wird pünktlich am Sonntag früh um 9 Uhr eröffnet. Für die Verhandlungen ist der ganze Sonntag vorgesehen und können dieselben an einem Tage beendet werden.

Die Mandate stellen die beteiligten Organisationsstellen aus.

Wir geben nochmals die Tagesordnung bekannt:

1. Der Bauarbeiterschutz in Preußen und die Nordöstliche Baugewerkschaft - Berufsgenossenschaft.
2. Diverse Anträge.

Wir erwarten eine rege Beteiligung.

Anmeldungen wollen die Delegierten schon vorher an den Unterzeichneten richten.

Im Auftrage:

Die Bauarbeiterschutzkommission Berlin.

O. Ginz,
Engelshof 15.

Berlin und Umgegend.

Einigungsverhandlungen der Bauklemptner

fanden am Dienstag auf Anregung und unter Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz im Sitzungssaal des Gewerbegerichts statt. Im Einigungsamt saßen als Vertrauensmänner der Arbeiter Behrendt und Körsten, der Arbeitgeber Rasse und Dr. Wieland.

Die Verhandlungen begannen mit einer Darlegung Cohens über den bisherigen Verlauf des Konflikts. Er führte unter anderem aus, daß die Frage der Affordarbeit der wesentlichste Streitpunkt sei. Während der alte Vertrag bestimmte, daß ausschließlich in Lohn gearbeitet werden soll, verlangen die Arbeitgeber im neuen Vertrag eine Bestimmung des Inhalts, daß nach Wahl der Arbeitgeber auch Affordarbeit zulässig sein soll. Da die Arbeiter sich einstimmig gegen die Affordarbeit erklärt haben, so kam ein neuer Vertrag nicht zustande. Um ihre Bedingungen durchzusetzen, verhängten die Arbeitgeber am 1. April eine teilweise Aussperrung, welche die Arbeiter mit dem Streik beantworteten. Nachdem der Kampf jetzt 10 Wochen währt, haben, wie Cohen sagte, 128 Firmen den Tarif der Arbeiterorganisation unterzeichnet. Darunter sind ebenso viel große Firmen wie unter denen, welche die Arbeiterforderungen noch nicht bewilligt haben. Gegenwärtig arbeiten zu dem von den Arbeitern aufgestellten Tarif 150 Bauklemptner mehr, als sich jetzt noch im Zustande befinden.

Klemptnermeister Thom, als Vorsitzender der Arbeitgeber, sagte: 70 Großbetriebe, welche für die Bauklemptnerlei maßgebend sind, gehören der Arbeitgebervereinigung an. Von diesen 70 großen Firmen haben nur 4 den Tarif der Arbeiter anerkannt, während bei den übrigen zu dem von den Arbeitgebern aufgestellten Tarif gearbeitet wird. Die 70 Firmen der Vereinigung beschäftigen 1600 Arbeiter. Außerdem gibt es noch 1000 kleine Geschäfte mit zusammen 900 Arbeitern. 120 Kleinmeister mit 100 Gesellen haben den Tarif der Arbeiter bewilligt. Im ganzen arbeiten 223 Gesellen, also nur 10 Proz. aller, zu den Bedingungen der Arbeiter. Wichtig ist — wie Herr Thom sagte — daß die Kleinmeister unter Ausnutzung der gegenwärtigen Lage den großen Firmen einen Teil ihrer Arbeiten abgenommen haben. Die Kleinmeister würden aber diese Arbeiten wieder verlieren, sobald die großen Firmen ihre Betriebe wieder öffnen.

Cohen bestritt die Richtigkeit der von Herrn Thom angegebenen Zahlen. Nicht 2500, sondern nur 1500 Bauklemptner gebe es in Berlin. Die Zahlen der Arbeitgeber seien den Nachweisungen der Berufsgenossenschaft entnommen, die sich auf das Jahr 1906 bezögen und nicht nur die Bauklemptner, sondern alle in Klemptnerbetrieben beschäftigten Personen umfassen. Die Streikleitung sei sehr genau über die Sachlage informiert, ihre Angaben seien durchaus zutreffend.

Nach mehrstündigen Beratungen des Einigungsamtes und späteren Sonderverhandlungen der Vertrauensmänner mit den Parteien verkindete der Vorsitzende v. Schulz: Die Vergleichsversuche sind gescheitert, es findet deshalb eine erneute Sitzung am 23. d. M. statt.

Die Lohnbewegung der Bauklemptner und Kunstschmiede stand auf der Tagesordnung einer allgemeinen Schlosserversammlung, die am Montag abgehalten wurde. Der Besuch der Versammlung war so stark, daß der große Saal des Gewerkschaftshauses kaum ausreichte, um die andrängende Menge zu fassen. — Es handelt sich um eine Bewegung zum Abschluß eines neuen Tarifs für die Bauklemptner, Kunstschmiede und Goldschmiedearbeiter. Der alte Tarif ist von den Arbeitgebern gefündigt worden und läuft am 30. Juni ab. — Den Ausführungen des Referenten Handke ist zu entnehmen, daß die Leitung des Metallarbeiterverbandes, nachdem der Tarif gefündigt war, versucht hat, so bald als möglich mit den Unternehmern wegen Abschluß eines neuen Tarifs in Unterhandlungen zu treten. Die Arbeitgeber haben aber die Verhandlungen so weit hinausgeschoben, daß nach mehrfacher Schriftwechsel erst am 28. Mai eine gemeinsame Sitzung der beiderseitigen Vertreter abgehalten worden ist. Die Arbeitgeber legten einen Tarifentwurf vor, über den aber keine Einigung erzielt wurde.

Dieser Entwurf sowie die Gegenvorschläge der Vertrauensmänner der Arbeiter lagen der Versammlung zur Beratung vor. Der Entwurf der Arbeitgeber hält in allen wesentlichen Punkten an den Bestimmungen des alten Tarifs fest: neunstündige Arbeitszeit, ein Mindestlohn von 47½ Pf. pro Stunde, Zuschlag für Überstunden bis 9 Uhr abends 25 Proz., nach 9 Uhr sowie Sonntags 50 Proz. Eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Tarif enthält die Vorlage der Arbeitgeber insofern, als sie den Stundenlohn für Junggesellen von 45 auf 40 Pf. herabsetzt. Die sonst noch in der Vorlage der Arbeitgeber enthaltenen Änderungen des alten Tarifs sind weniger bedeutend.

Die Versammlung sprach sich einstimmig dahin aus, daß die Vorschläge der Unternehmer unannehmbar seien und daß eine Aufhebung der Löhne nicht nur gerechtfertigt, sondern durchaus notwendig sei. Von diesen Gesichtspunkten geht auch der von den Vertrauensmännern der Arbeiter aufgestellte Tarifentwurf aus. Die Beschlüsse der Versammlung gingen in einigen Punkten über die Vorschläge der Vertrauensmänner hinaus. Hiernach stellen also die Arbeiter in der Hauptsache folgende auf Verbesserung des alten Tarifs gerichtete Forderungen auf: Mindestlohn 60 Pf., für Hilfsarbeiter 50 Pf., für Selbständigarbeitende 65 Pf. und für Kolonnenführer 70 Pf. mindestens. Überstunden dürfen nur im äußersten Notfall gemacht werden und sind zu vergüten bis 8 Uhr abends mit 83½ Proz., nach 8 Uhr sowie Sonntagsarbeit mit 75 Proz. Zuschlag. Sonnabends ist 1 Stunde (bisher ½ Stunde), am Tage vor den hohen Festen 2 Stunden früher Feierabend zu machen ohne Lohnzug. Bei Arbeiten außerhalb der Werkstatt ist ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde, wenn auswärtiges Übernachten notwendig ist, ein Zuschlag von 3,50 M. pro Tag zu zahlen, Fahrzeit und Fahrgehalt ist zu vergüten. Die sonstigen Forderungen der Arbeiter beziehen sich auf gewisse Regelungen der Affordarbeit, Durchführung hygienischer Maß-

nahmen usw. Ferner wird verlangt, daß, ehe bei Arbeitsmangel Entlassungen stattfinden, die Arbeitszeit verkürzt werden soll. — Der Ablaufstermin des neuen Tarifs soll nach dem Vorschlage der Arbeiter der 30. Juni 1911, nach dem Entwurf der Unternehmer der 31. März 1914 sein. Die Versammlung setzte eine Kommission ein, welche die beschlossenen Forderungen bei der Verhandlung mit den Unternehmern vertreten soll.

Der Streik und die Aussperrung bei Vorfis.

Die „B. Z.“ am Montag wußte bereits am Montag zu berichten, daß der Ausstand bei der Firma Vorfis beendet sei. Die Nachricht war jedoch ein gut Teil verfrüht. Tatsächlich ist am Montag den ganzen Tag verhandelt worden und zwar 9 Stunden lang. Es blieb nicht einmal Zeit übrig, die Streikenden und Ausgesperrten, die doch selbst die Entscheidung über die Wiederaufnahme der Arbeit zu treffen hatten, von dem Ergebnis der Verhandlungen zu unterrichten. Das konnte erst am gestrigen Tage geschehen. Es wurden zu diesem Zweck bei Trapp in Tegel nicht weniger als drei oder eigentlich vier Versammlungen abgehalten, um den einzelnen Gruppen Gelegenheit zu geben, ihre Entscheidung zu treffen. Zunächst teilte Handke der gemeinsamen Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten mit, daß die Verhandlungen zwischen der Direktion und der Subkommission des Arbeiterausschusses sowie den Vertretern der Streikenden und der Schmiede stattgefunden hatten, wies darauf hin, daß die „B. Z.“ am Montag mittag durchaus noch nichts von den Verhandlungen wissen konnte, da zu der Zeit eine Einigung noch gar nicht erzielt war, und erklärte ferner, daß eine Notiz der „Tegeler Zeitung“, wonach die Schuld an dem Ausstand auf Seite der Arbeiter liegen sollte, in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Nachdem die Ausgesperrten den Saal verlassen hatten, berichtete Adam als Vertreter der Subkommission den Streikenden über die Verhandlungen und ihr Ergebnis. Es ist dabei eine allgemeine Vereinbarung zustande gekommen, die für das ganze Werk gelten soll und geeignet erscheint, die Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie zu dem Lohnkampf geführt haben, gewissermaßen rückgängig zu machen und für die Zukunft unmöglich zu machen. Die Vereinbarung besagt, daß eine Aenderung der Stückpreise zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit des Werkes eintritt, wenn die Arbeitsbedingungen sich ändern oder Irrtümer vorliegen, das heißt also in der Hauptsache, wenn technische Verbesserungen geschaffen werden. Die Betriebsleitung erklärt ausdrücklich, daß bei Änderungen der Preise auf den Durchschnittsverdienst Rücksicht genommen werden soll. In ganz streitigen Fällen soll der Affordpreis dadurch ermittelt werden, daß das betreffende Stück von einem andern angefertigt wird und die aufgewendete Zeit mit dem Durchschnittsverdienste multipliziert wird. Es wurde dabei ausdrücklich hervorgehoben, daß bei solcher Probearbeit keine andern als die üblichen Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden dürfen.

Hinsichtlich der Abzüge auf die einzelnen Stücke konnten bestimmte Zugeständnisse trotz aller Bemühungen der Vertreter der Arbeiter nicht erzielt werden. Es wird darüber nach Wiederaufnahme der Arbeit auf Grund der allgemeinen Vereinbarung weiter verhandelt werden. Mit Rücksicht auf die Klagen der Stemmer über den Revolver, der nicht so funktioniert wie er sollte, verspricht die Betriebsleitung Verbesserung zu schaffen. Die allgemeine Vereinbarung, die erst nach langen Verhandlungen zustande kam — die Firma hatte zuerst Vorschläge gemacht, die durchaus nicht annehmbar erschienen konnten — wurden von der Direktion als ein Ultimatum bezeichnet. Falls sie nicht von allen Gruppen angenommen werden sollte, wollte man eine allgemeine Aussperrung veranlassen.

In der Diskussion, an der zunächst die Formner teilnahmen, sprachen viele Redner entschieden gegen diese Art der Erledigung der Streitfragen und für Fortsetzung des Streiks. Demgegenüber erklärt Handke, daß die Streikleitung sich nach dreistündiger Beratung im Interesse der Allgemeinheit dafür entschieden hatte, die Annahme der Vereinbarung zu empfehlen. Im selben Sinne sprachen die übrigen Organisationsvertreter. Die Abstimmung, die durch Zettel vorgenommen wurde, ergab unter den Formnern 40 für und 38 gegen die Wiederaufnahme der Arbeit, neben 2 unbeschriebenen Zetteln.

Sodann diskutierten die Stemmer über die Angelegenheit. Bei ihnen war der Widerspruch noch stärker als bei den Formnern. Sie lehnten die Wiederaufnahme der Arbeit ab mit 35 gegen 10 Stimmen.

Am Nachmittag versammelten sich zunächst die Schmiede, die zu einem Teil um zwei Uhr von der Arbeit kamen, zum andern Teil von der Betriebsleitung beurlaubt waren, um an der Versammlung teilnehmen zu können. Den Bericht gaben ihre Vertreter Petersdorf und Viller. Für die Schmiede sollen selbstverständlich zunächst auch die allgemeinen Vereinbarungen gelten. Hinsichtlich der besonderen Lohnregelungen der Hammer- und Schmiede, die Arbeit für die „Union“ in Königsberg betreffend, erklärte die Direktion sich bereit, zunächst nur eine Probearbeit anfertigen zu lassen und wenn die Arbeiter dabei nicht auf ihren Durchschnittslohn kommen, das Fehlende zuzulegen. Wird die Arbeit dann zu teuer, so soll der Auftrag nicht weiter ausgeführt werden. — Auch bei den Schmieden trat ein starker Widerspruch hervor, sie erklärten sich jedoch schließlich, wenn auch nur mit geringer Mehrheit, mit den Vereinbarungen einverstanden.

Auf 5 Uhr war die Versammlung der Ausgesperrten einberufen. Hier berichtete Siering, vom Schmiedeverband, über die Verhandlungen mit der Direktion sowie über die Stellung, die die bereits abgehaltenen Versammlungen dazu eingenommen hatten. Der Redner empfahl den Versammelten unter Hinweisung auf die allgemeine Lage, der Vereinbarung zuzustimmen. Maßregelungen, die die Direktion hindern erklärt, sollen nicht stattfinden. Die Wiedereinstellung der Streikenden und Ausgesperrten kann jedoch aus technischen Gründen nicht mit einem Male erfolgen. Die Direktion will allerdings, daß die Stemmer sofort wieder in Arbeit treten, was um so mehr bemerkenswert ist, als man bisher so tat, als ob man diese sehr wohl entbehren könnte. In der sehr lebhaften Debatte wurde ein Antrag gestellt, die Ausgesperrten sollten überhaupt keine Abstimmung über die Vereinbarungen vornehmen, um die Streikenden in keiner Weise zu beeinflussen. Da jedoch die Organisationsvertreter erklärten, daß auf jeden Fall die Meinung der Ausgesperrten durch Abstimmung festgestellt werden müsse, wurde eine solche vorgenommen, und zwar durch Stimmzettel. Es wurden 77 Stimmen für, 273 gegen die Einigung der Bewegung abgegeben, einige Stimmen waren ungültig. Diese Abstimmung ist, wie Handke nochmals hervorhob, als eine Meinungsäußerung aufzufassen. Die streikenden Stemmer werden heute früh nochmals dazu Stellung nehmen, da im Laufe des gestrigen Tages nochmals mit der Direktion verhandelt worden ist. Auch die Ausgesperrten werden dann nochmals zusammenkommen.

Deutsches Reich.

Ein Goutag der Buchbinder der Mark Brandenburg fand am Sonntag in Rathenow statt. Erschienen waren 21 Delegierte, welche die Orte Berlin, Ludenwalde, Rathenow, Potsdam, Neu-Babelsberg, Kotbus, Brandenburg a. S., Finsterwalde, Neu-Ruppin, Frankfurt a. O., Bernau, Spremberg, Neudamm und Guben vertraten. Der Goutag wurde durch Lemmer, Gerber und Petermann vertreten. Den Geschäftsbericht des Goutagvorstandes, welcher die Jahre 1907 und 1908 umfaßt, erstattete Lemmer. Die Agitation ist trotz der Schwierigkeiten, welche die Krise hat, rege betrieben worden durch Verbreitung von Flugblättern, Agitationschriften und Versammlungen. Es wurden teilweise auch gute Erfolge erzielt, die in den Orten, wo tüchtige Kollegen an der Spitze standen, gute Früchte brachten. Erfolg-

reiche Tarifbewegungen fanden in Ludenwalde, Rathenow, Potsdam und Neu-Babelsberg statt, die auch in bezug auf die Mitgliederbewegung erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen haben. Neben Berlin mit über 6500 Mitgliedern ist Ludenwalde auf 200, Rathenow auf 154 und Potsdam mit Neu-Babelsberg auf 70 Mitglieder gestiegen. Die übrigen Orte weisen teils keine, teils nur unwesentliche Fortschritte auf. Die Löhne sind infolge der Konkurrenz der weiblichen Arbeitskraft äußerst gedrückt; sie gehen für männliche Arbeiter bis unter 15 M., für Arbeiterinnen bis unter 5 M. herunter. Die größte Ausbeutung herrscht bei der Heimarbeit, welche namentlich die in der Saison mehr gebrauchten Arbeitskräfte liefert und an der, wie in Kotbus, auch Beamtenfrauen teilnehmen. In Brandenburg a. S., wo in der Saison 400—500 Heimarbeiterinnen tätig sind, werden durchgängig nur Löhne von 2—4 M. erzielt. In Kotbus, Ludenwalde, Neu-Ruppin, Frankfurt a. O. wird das Lütenleben als Heimarbeit verrichtet. Daneben blüht eine gewissenlose Lehrlingsausbeutung.

Erhebungen über die Berufsverhältnisse im Gau, mit Ausnahme Berlins und der Vororte, wurden 1908 zum erstenmal unternommen, worüber Gerber-Berlin referierte. Ermittelt wurden in 68 Orten 307 Betriebe. In 217 Betrieben, die mit fremden Hilfskräften arbeiten, wurden 554 Arbeiter, 847 Arbeiterinnen, 58 Hilfsarbeiter und 83 Lehrlinge beschäftigt. Dazu kommen noch 35 Arbeiter und 300—600 Arbeiterinnen, die in der Heimindustrie beschäftigt sind. Von 1896 im Beruf beschäftigten Personen waren 436 = 24 Proz. organisiert, und zwar von 554 Arbeitern 283 = 53 Proz., von 847 Arbeiterinnen 146 = 17 Proz., von 58 Hilfsarbeitern 7 = 12 Proz. Die Arbeitszeit schwankt zwischen 8 und 12 Stunden. Vorherrschend ist die 9stündige Arbeitszeit. 12stündige Arbeitszeit herrscht noch in den Buchbindereien von Forst. 11 Stunden wird gearbeitet in den Buchbindereien und Kartonnagegeschäften von Kotbus, Habelberg, Landsberg, Ludau, Neudamm, Spremberg und Velten. Von den männlichen Arbeitern verdienen 95 weniger als 15 M., 163 weniger als 20 M. und 251 mehr als 20 M. Bei den Arbeiterinnen, über welche Lohnangaben vorliegen, betrug der Lohn bei 30 weniger als 5 M., bei 202 weniger als 10 M. und nur bei 114 mehr wie 10 M. Alles in allem bietet die Statistik eine Bestätigung der überaus schlechten Arbeitsverhältnisse der Provinz. Beschlossen wurde, einen Arbeitsnachweis für den Gau einzurichten.

Ferner gelangte ein Antrag zur Annahme, welcher den Verhandlungsstand auffordert, dem nächsten Verbandstage eine Vorlage betreffend Aufnahme von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern zu unterbreiten, in der unter Zugrundelegung eines 10- bis 15-Pf.-Wochenbeitrages die Lieferung der „Arbeiter-Jugend“ und Leistung der entsprechenden statutarischen Unterstützungen vorgeesehen ist.

Endlich wurde noch beschlossen, an den Verbandsvorstand den Antrag zu richten, daß zum Herbst eine Konferenz der Ortsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands einberufen wird. Als Ort des nächsten Goutages wurde Kotbus bestimmt.

Die städtischen Arbeiter in Kiel sind in den Ausstand getreten. Anlaß dazu gab die vom Magistrat den geringen Forderungen der städtischen Arbeiter gegenüber neuerdings wieder befundene ablehnende Haltung. Keine, selbst nicht die geringsten Zugeständnisse glaubte man den Arbeitern machen zu können. Dagegen ließ der Magistrat durch den Mund eines Stadtrates erklären, daß auch die drohende Haltung der Arbeiter den Magistrat nicht zu einer anderen Meinung veranlassen konnte. Die Worte des Magistratsvertreters gingen sogar dahin, daß die Stadtverwaltung schon weitgehende Maßnahmen getroffen hätte, um bei einem Streik gerüstet zu sein. Auch eine von der Organisationsleitung in letzter Stunde nochmals versuchte Unterhandlung mit dem Magistrat führte zu keiner Verständigung. So war es folglich unausweichlich, daß der Streik kommen mußte. Hoffentlich wird der Magistrat sich der Verantwortung bewußt sein, die er durch seine ablehnende Haltung heraufbeschworen hat.

Die angebrochte Aussperrung im Hamburger Baugewerbe ist, soweit es sich um Bauhilfsarbeiter, Maurer und Zimmerer handelt, von den Mitgliedern des Baugewerksverbandes am Sonnabend durchgeführt worden. Die anderen Berufe des Baugewerbes sind vorläufig von der Aussperrung verschont geblieben. Soweit sich bis jetzt von der Streikleitung feststellen ließ, sind 300 Maurer, 1400 Zimmerer und 1500 Bauhilfsarbeiter ausgesperrt. Von bürgerlicher Seite wird gemeldet, daß mehrere dem Arbeitgeberverbande nicht angehörende Bauunternehmer die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben und die verhängte Wausperre nicht mitmachten. Die Lieferanten beabsichtigen, diesen Unternehmern das Material zu sperren, auch verläutet, daß verschuldete Banken die Wausperre zurückhalten wollen. — Die Walerinnung macht die Wausperre ebenfalls nicht mit, weil noch ein gültiger Tarifvertrag besteht.

Die Lübecker Flusskiffer sind am Montagmorgen in den Ausstand getreten, weil die Arbeitgeber auf ihre Lohnforderungen überhaupt keine Antwort gaben. Die Streikenden verlangten vor allem den Abschluß eines Tarifs.

Ueber den Streik der Formner in Selbst ist zu berichten, daß in drei Giebereien die Differenzen zugunsten der Streikenden beigelegt wurden. Die Giebereibesitzer haben den neuen Tarif entfernt und durch Anschlag sowie persönliche Erklärung den Kommissionen gegenüber bekannt gegeben, daß nach den alten Bedingungen die Arbeit fortgesetzt werden soll.

Achtung, Geschäftskutter! Die Kutter und Riffahrer der Firma Max Häusler u. Co., Raffeeversandgeschäft in München, befinden sich seit Anfang Juni d. J. im Streik. Wir ersuchen die Kollegen, Arbeitsangebote der Firma strikte abzulehnen. Deutscher Transportarbeiterverband.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Aussperrungen und Streiks in Hamburg.

Hamburg, 8. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Es heute abend sind im Hamburger Baugewerbe rund 8000 Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter und Stukkateure ausgesperrt. Die Arbeitseinstellung der Sortierer der Tabakbranche erfolgt mit großer Einnütigkeit. Bisher sind 400 Arbeiter in den Streik getreten. Der Rest der Beteiligten wird morgen die Arbeit einstellen.

Unwetter in Mähren.

Tschonow (Mähren), 8. Juni. (B. T. B.) Durch ein mit wolkendruckartigen Regen verbundenen Gewitter sind in hiesiger Gegend die Saat vollständig vernichtet worden. Der Schaden wird auf eine Million Kronen geschätzt.

Der Urheber der Zusammenkunft.

Petersburg, 8. Juni. (B. T. B.) Eine Anzahl russischer und ausländischer Blätter hält trotz der von deutscher Seite erfolgten Mitteilungen die Behauptung aufrecht, daß die Kaiserentrevue auf die Initiative des deutschen Kaisers zurückzuführen sei. Demgegenüber ist der Petersburger Vertreter von Wolffs telegraphischem Bureau durch das russische Ministerium des Auswärtigen berechtigt, zu bestätigen, daß Kaiser Nikolaus die Initiative zu der Herbeiführung dieser Entrevue ergriffen hat, und Kaiser Wilhelm auf Einladung des Kaisers von Rußland sich in die russischen Gemäßer begibt.

6. Verbandstag des deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

München, 7. Juni.

In der Rathäuser-Brauerei wurden am Sonntag nachmittags die Verhandlungen mit der üblichen Begrüßung der Delegierten eröffnet.

Da am Montag früh die Mandatsprüfungskommission ihre Arbeiten noch nicht erledigt hat, hält außer der Reihe der Tagesordnung Stellung-Lübck sein Referat über:

Die Reichsversicherungsordnung.

Der Redner gab in längeren Ausführungen ein Bild des Regierungsentwurfs, der das nicht bringt, was man verlangen müsse und präziserte die Forderungen der Arbeiterschaft. Ein Sturm der Entrüstung mußte sich gegen dieses Nachwerk, das erhebliche Verschlechterungen bringt, erheben. — Eine den Ausführungen des Referenten entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme.

Hierauf referierte Wendler-Elberfeld über:

Die Zentralisation der Arbeitgeberorganisationen des Berufs und ihr Einfluß auf unsere Zeit.

Der Redner bespricht die einzelnen Unternehmerorganisationen und meint, daß die Transportarbeiter am meisten der Zentralverband deutscher Arbeitgeber für das Handels- und Transportgewerbe interessiert. Dieser sei als Gegenstück zum Handels- und Transportarbeiterverband gedacht und will die Arbeitgeber sammeln, die Mitglieder unseres Verbandes beschäftigen; er ist auch dem Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverband als Mitglied beigetreten. Außer diesem Zentralverband bestehen noch 7 Reichsverbände, die aber nur Unternehmer eines bestimmten Faches aufnehmen. Dazu kommen noch zwei Bezirksverbände für Südwestdeutschland und Rheinland-Westfalen. Alle diese Verbände hätten sich die Vernichtung der Arbeiterorganisationen zum Ziel gesetzt. Seit der Gründung der Arbeitgeberverbände sei die Situation für die Arbeiter eine ernstere, sind die Kampfbedingungen schwieriger geworden. Die Zeit der partiellen Streiks werde bald vorbei sein und die Kämpfe durch das organisierte Unternehmertum auf eine zentrale Grundlage gedrängt werden. Eine Generalauswertung sei im Transportgewerbe schwieriger durchzuführen, als in der Industrie, weil die Unternehmer dadurch noch mehr geschädigt werden. Je stärker die Unternehmerverbände, desto härtnadiger und umfangreicher werden die Streiks, dadurch sei auch die Verantwortung der Leiter der Organisation größer geworden. Daher sei es notwendig, daß die Chancen eines Kampfes richtig abgewogen werden. Einer momentanen Begeisterung zu Liebe dürfen Kämpfe nicht inszeniert werden. Die Organisationsbestrebungen der Unternehmer mahnen dringend dazu, nichts unversucht zu lassen, um möglichst bald eine große Einheitsorganisation zu schaffen, dann werde es möglich, den kapitalistischen Uebermut der Unternehmer zu zügeln. Schaffen wir eine festgefügte, schlagfertige Organisation, dann werden wir siegen trotz Unternehmerverband. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion bewegte sich im Sinne der Ausführungen des Referenten. Hierauf wird der Bericht der Mandatsprüfungskommission entgegengenommen, an den sich eine längere Debatte knüpfte.

Aus der Frauenbewegung.

Unternehmerchmerzen.

Zwar wird die weibliche Arbeitskraft als mindertwertig bezeichnet — weil man sie schlecht bezahlt —, aber wenn Gefahr droht, daß dem Unternehmertum die Ausbeutung der „mindertwertigen Kraft“ etwas beschneiden werden könnte, dann hört man gleich die Litaneien über industriellen Ruin. Jedemmal, wenn eine Reform in Aussicht genommen ist, deren Konsequenz eine minimale Einschränkung der Arbeitszeit weiblicher Lohnsklaven ist oder sein könnte, erhebt sich im Unternehmerlager großes Geschrei über Untergrabung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt. Aus „nationalen“, „volkswirtschaftlichen“, ja auch aus „ethischen“ und „moralischen“ Gründen fordert der Kapitalismus das ungehemmte Ausbeutungsrecht an der weiblichen Arbeitskraft. So auch jetzt wieder durch Bekämpfung des in der Gewerbenölle geforderten Fortbildungsschulzwanges für Arbeiterinnen. Mit der brutal kapitalistischen, klassenlämpferischen Offenheit, die die „Arbeitgeber-Ztg.“ hier, wertet das Organ gegen die ertönte

Reform, ohne sich dabei mit sachlichen und logischen Gründen zu strapazieren. Die geistige Höhe seiner Argumentation dokumentiert das Scharfmacherblatt damit, daß es als stichhaltigsten seiner Gründe einen ablehnenden Kommissionsbericht aus dem Jahre 1901 reproduziert, der ein Sammelsurium von törichtigen und heuchlerischen Einwänden darstellt. Es heißt da:

„Alle Gefahren, die der obligatorische Besuch der Fortbildungsschule mit sich bringen könne, seien doppelt bedenklich gegenüber den weiblichen Arbeitern. Hier sei es noch weniger gerechtfertigt, dieselben in Schulen zu zwingen, die vielleicht ihr religiöses Gefühl verletzen, sie den Gefahren, z. B. der Abendschulen, auszusetzen oder sie zu zwingen, mit Mädchen zusammen zu sein, die schon sittlich verdorben seien. Der Haushaltungsunterricht sei nur da notwendig, wo die Gelegenheit zur Ausbildung in den eigenen Familien fehle; dieses sei aber nicht überall und allgemein der Fall.“

Auf das dumme Gerede einzugehen, erübrigt sich schon wegen der einen Tatsache, daß es keinem Unternehmer einfällt, aus den obigen Erwägungen auf die Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft zu verzichten. Gerade weil man keine Lust hat, das Zusammensein der noch unschuldigen Mädchen mit schon sittlich verdorbenen in der Fabrik verkürzen zu lassen, und weil man die möglichst lange Ausbeutung nicht zugunsten hauswirtschaftlicher und anderer Ausbildung beschneiden lassen will. Oder wollen die Menschenfreunde vielleicht glauben machen, die Fabrik, wo die Mädchen vielen Gefahren, oft genug auch den Pöbelgeleiten von Vorgesetzten ausgesetzt sind, verdiene gegenüber der Schule den Vorzug als Bildnerin des Charakters, Stärkerin und Förderin der Sittlichkeit sowie Lehrerin auf hauswirtschaftlichen und anderen Gebieten? Um was es sich bei dem Protest der Rechtvertreter handelt, verrät das Scharfmacherblatt hinterher. Mehrere Industrien, besonders die Textilindustrie, heißt es da, könnten irgendwelche Begrenzung der Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiterinnen nicht zugestehen! Der ethische, moralische, nationale Kampf gegen den Fortbildungsschulzwang rebuziert sich auf ganz gewöhnliches, ganz kurzfristiges, ganz rücksichtsloses und ganz kleineliches kapitalistisches Profitinteresse.

Lesabeude.

Sandwich. Der für heute angelegte Lesabend mußte umständehalber auf Dienstag, den 15. Juni, verlegt werden.

Gerichts-Zeitung.

Das Abenteuer eines Kirchenältesten.

Die Affäre Vorpahl, die in der Gerhardt-Kirchengemeinde (einem Teil der Schönhauser Vorstadt außerhalb der Ringbahn) so großes Aufsehen erregt hat, wurde am Dienstag wieder vor Gericht erörtert. Ueber den Nähmaschinenhändler Gustav Vorpahl, der in dieser Gemeinde das Ehrenamt eines Kirchenältesten bekleidet und bei den Strenggläubigen in hohem Ansehen steht, war im vorigen Jahre ein schlimmes Gerücht in Umlauf gekommen. Er sollte gegen zwei Frauen A. und B., die in Not waren und Unterstützung erwarteten, sich allzukürmisch benommen haben. Anfanglich war der Verdacht entstanden, daß der Mann, der diese Frauen sich gefügig zu machen versucht habe, Mitglied einer der dortigen Armenkommissionen sei. Die Nachforschungen, die daraufhin vom Armenkommissionsvorsitzer des Stadtteils angestellt wurden, ergaben bald, daß nicht ein Armenkommissionsmitglied, sondern der Kirchenälteste Vorpahl es war, gegen den die laut gewordenen Anschuldigungen sich richteten. Die Sache sprach sich dann weiter herum, und schließlich mußte in der Kirchengemeindeverteilung darüber verhandelt werden. Einer der Gemeindevorsteher, der Bankbeamte Erich Noack, ist zugleich Vorsitzender einer Armenkommission und hatte als solcher an den Ermittlungen über Vorpahl teilgenommen. In einer Gemeindevorsteherung wurde Herr Noack aufgefordert, auszusprechen, und er trat nun vor, was ihm mitgeteilt worden war. Der Herr Kirchenälteste Vorpahl, der dabei sah und das mitanhören mußte, erklärte unter heftigen Ausfällen gegen Noack, es sei alles erlogen. Mit dieser bloßen Erklärung konnte natürlich die Affäre nicht erledigt sein. Man mußte erwarten, daß Vorpahl eine gerichtliche Feststellung des Sachverhaltes herbeiführen werde. Es dauerte eine ganze Weile bis er sich hierzu entschloß, dann aber ging er

um so gründlicher vor. Er strengte Verleumdungsklage an, nicht nur gegen Noack, sondern zugleich gegen die Frauen A. und B., auf die Herr Noack für den Fall einer Klage sich berufen zu können gemeint hatte. So kam es, daß auch die beiden Frauen zunächst nicht als Zeuginnen gegen Vorpahl, sondern als von Vorpahl Verletzte neben Noack vor Gericht zu erscheinen hatten. Diese Verleumdungsklage Vorpahl wider Noack schwebt noch. Ein erster Termin endete mit dem Beschluß, das Verfahren auszusetzen, bis die Gerichte mit Herrn Vorpahl selber ins Reine gekommen sein würden. Inzwischen war nämlich der Spieß, den der Herr Kirchenälteste umgewendet und gegen seine Angreifer gerichtet hatte, prompt noch einmal umgewendet und gegen ihn gerichtet worden. Gegen Vorpahl war von dem Gatten der Frau A. Anzeige wegen Ratschuldverleumdung erstattet und von der Armenkommission auf Grund der Vorgänge in jener Gemeindevorsteherung Strafantrag wegen Verleumdung des Armenkommissionsvorsitzers Noack gestellt worden. Der Ausgang beider Verfahren mußte abgewartet werden, ehe Vorpahls Privatklage gegen Noack usw. zu Ende gebracht werden konnte.

Gestern wurde vor dem Amtsgericht Berlin-Weßing vorerst die Verleumdungsklage gegen Vorpahl verhandelt, so daß Herr Vorpahl auf der Anklagebank Platz zu nehmen hatte. Vorpahl erklärte, in der Gemeindevorsteherung habe er sich gewehrt lediglich mit dem Hinweis, daß Noack noch zu unerfahren sei. Herr Noack selber sagte als Zeuge aus, B. habe ihm Lüge vorgeworfen, habe ihn einen Blunder, einen grünen Schüssel geschimpft und habe gehöhnt, den Frauen werde ja die Unterstützung verweigert, wenn sie nicht so aussagen, wie die Armenkommissionsvorsitzer wollen. Privatim habe aber B. ihm später zugegeben, daß er sich schuldig fühle und deshalb nicht gegen die Frauen vorgehen könne, auch habe B. unter Hinweis auf sein graues Haupt gefleht, ihn zu schonen und ihm aus dieser Affäre herauszuhelfen. Die von A. befundenen Schmähworte, die B. gegen ihn geschleudert habe, wurden auch von dem Zeugen Maurermeister Otto bestätigt. Der Vorsitzende rief hiernach dem Angeklagten, die Verleumdungen gegen A. durch eine Erklärklärung wieder gutzumachen. Noack warf ein, er glaube nicht, den Vergleichsvorschlag annehmen zu dürfen, ohne zuvor die Armenkommission befragt zu haben. Im übrigen müsse, im Hinblick auf die gegen ihn selber, und gegen die Frauen A. und B. erhobene Privatklage, ihm daran gelegen sein, daß eine völlige Aufklärung dieser Angelegenheit ermöglicht werde. Als Armenkommissionsvorsitzer habe er sich verpflichtet gefühlt, die Sache der beiden Frauen zu verfechten, gegen die Herr V. sich vergangen haben sollte. Den Frauen stehe für ihre Behauptungen kein Zeugnis eines Unbeteiligten zur Seite, schon deshalb habe er sich ihrer annehmen zu müssen geglaubt. Ihm habe man vorgeworfen, daß er jene Frauen beinflusst habe. Lasse er jetzt sich auf einen Vergleich ein, so werde man das und ähnliche Verdächtigungen aufs neue verbreiten. Das Gericht beschloß Vertagung, damit Herr Noack die Armenkommission um Rat bitten könne. Zum nächsten Termin sollen für den Fall, daß kein Vergleich zustande kommt, die Frauen A. und B. geladen werden. Ein Vergleich in diesem Stadium sähe einem Verleumdungsversuch verzwweifelt ähnlich.

Haftung wegen schlechter Lehrverohnung.

Bis zum Reichsgericht ließ die Gemeinde Groß- und Klein-Zietzen einen Schadenersatzprozess gelangen, den ein Lehrer gegen sie wegen schlechter Dienstwohnung erhoben hatte.

Der Schullehrer M. klagte gegen die Schulgemeinde Groß- und Klein-Zietzen auf Schadenersatz in Höhe von 1000 M. für- und Pflegekosten neben Leistung einer Rente von 1200 M. jährlich. Er begründete seinen Anspruch damit, daß er sich in einer ihm von der Beklagten zur Verfügung gestellten Dienstwohnung ein rheumatisches Leiden sowie schwere Gesundheitsbeschädigungen zugezogen habe. Der Kläger war vom 1. April 1902 bis 1. März 1903 als zweiter Lehrer angestellt worden und zwar mit einem regierungsseitig zu zahlenden Gehalt von 800 M. jährlich, während die Schulgemeinde Groß- und Klein-Zietzen die Wohnung zur Verfügung zu stellen hatte. Der Kläger vertweigerte zunächst die Annahme der Wohnung, da sie naß und gesundheitswidrig sei. Er ging deshalb zu einem Wauer in Kost und Logis. Da er nicht gut auskam, bezog er schließlich

Humor und Satire.

Der Blod.

Gebaut und gezimmert, Geborsten, zerklüftet, Geleimt und gekittet, Gefrandet, geschwehrt, Verfunken, verschüttet, Von unten nach oben Zutage gehoben, Verkehrt und vernichtet, Aufs neue gerichtet, Zerbrochen, zerspalten, Gefügt und gehalten, Vom Sturm zerweht, Zusammengenäht, Vom Schicksal zerstückt, Mit Drähten geflickt, Zu Boden gefällt, Auf die Beine gestellt, Gefrandet, geschwehrt, Befestigt, erwehrt, Vergeßen, verloren, Schon wieder geboren, Schon gar nicht vorhanden, Soeben erstanden, Schon Mumie gewesen, Zum Leben genesen, Total ruiniert, Brillant repariert, — Ich frag' dich ad hoc: Wie geht es dir, Blod?

Das Kompromiß. Sie: Ich möchte so ein Mittelbild zwischen die Pawlowa und die Duncan werden! — Er: Na, dazu bist du ja auf dem besten Wege. Von der Pawlowa hast du, daß du kein Deutsch kannst, und von der Duncan, daß du nicht tanzen kannst.

(Luftige Blätter.)

Notizen.

— Keine Ruh bei Tag und Nacht. Das eine muß auch die ähnelnde Vossheit der Berliner Zensur lassen: sie ist unerbittlich in der eigenhändigen Vlamierung. Das angenehme Sommerwetter vermag sie so wenig milde zu stimmen wie das Bedürfnis der Sommertheater belustigenden Menschheit nach Erheiterung. Der Sommerdirektion des Deutschen Theaters wurde der französische Schwanz „Im Lufzug“ verboten. Es wird doch in diesem Stück nicht etwa gar die bierle Klasse mitgenommen, die nach unsren Junkern ja der reinste Lufzug ist?

— Ein neuer Dürer. Eine bisher unbekannte Federzeichnung Albrecht Dürers wurde vom Berliner Kupferstichkabinett erworben. Sie stellt Maria mit dem Kinde auf dem Halbmond dar und ist aus dem Jahre 1514 datiert.

— Briefe Alexander v. Humboldts an französische Gelehrte, vorzüglich an den großen Physiker und eifrigen Republikaner Arago, mit dem Humboldt eng befreundet war, wurden der Pariser Bibliothek des Instituts überwiesen. Die reiche Sammlung soll von großer wissenschaftlicher Bedeutung sein. Zweifellos auch von kulturhistorischer.

Kleines feuilleton.

Ueber den sozialen Nutzen der Proben werden jetzt von der Pariser Bourgeoisie allehand Weisheiten verzapft. Den Anlaß dazu gibt der Tod des Aristarch Chauchard. Der Mann war der Gründer des „L'oeuvre“, nämlich des Warenhauses, das zweifellos unzähligen Parisern und Fremden bekannter ist als das gegenüberüberliegende Museum. Chauchard hatte als kleiner Kommiss angefangen und da er es zu etlichen hundert Millionen gebracht hat, gilt er als genialer Mann und obendrein als ein moralisches Exempel von dem Erfolg, der gewerblichen Emsigkeit in der bürgerlichen Gesellschaft beizubringen ist. Daß dieser „königliche Kaufmann“ nebenbei ein geradezu klassischer Typus des lächerlichen Barvenus war, wird nur schonend angedeutet. Aber der geistige Horizont des Verstorbenen wird schon durch die Bestimmungen beleuchtet, die er für seinen Tod getroffen hat. Schon seit 10 Jahren steht auf dem Père Lachaise sein Grabdenkmal, ein pompöser Bau, der 100 000 Franken gekostet hat und der in Reihenletern den Namen des großen Mannes den Lebenden zuschreibt. Chauchard hat auch die testamentarische Verfügung getroffen, daß sein Tod mit den einfach großartigen Worten: „Chauchard ist gestorben!“ den Telegraphenämtern der ganzen bewohnten Erde bekanntgegeben ist. 40 000 Franken sind dafür ausgeworfen. Eine andere Anordnung, die sein Leichenbegängnis betraf, hatte im Publikum, wo sie vor einigen Wochen bekannt wurde, einen solchen Heiterkeitserfolg, daß sich Chauchard von wohlmeinenden Freunden überreden ließ, sie noch auf dem Sterbebett zu widerrufen. Der Bezarinhaber hatte sich nämlich eine Leichenfeier von unerhörter Großartigkeit in historischem Kostüm zugebacht. Für die Kosten waren 200 000 Franken ausgelegt — bei Begräbnissen darf man ja wie bei Zigaretten den Preis sagen. Immerhin wird auch die „vereinfachte“ Feiher pompös genug sein. Ramentlich wird, wie sich das bei der Feier eines so großen Bürgers ziemt, Mistral austrüden. Chauchard hat auch das Anrecht darauf durch die hierzu notwendigen Dekorationen erworben. Diefem Ehrgeiz dankt übrigens der Roubre — diesmal das Museum, nicht das Warenhaus — eine ansehnliche Bereicherung. Chauchard hat ihm seine Sammlungen vermacht. Da er grundsätzlich laute, was die Mode hoch im Preis hob, ist auch manches bedeutende Stück darunter gekommen. Von Gemälden ist es vor allem der berühmte „Angelus“ von Millet, weiter einige herbortragende Delacroix und wertvolle Werke der Schule von Barbizon. Aber ein nicht geringer Teil der Sammlung enthält so jammervolle Kitschware, daß die Direktion des Museums, die das Legat in einigen besonderen Sälen unterzubringen hat, ihre liebe Not damit haben wird.

Die Platinerzeugung im Jahre 1908. Das Platin nimmt unter allen Metallen der Erde gegenwärtig eine besondere Stellung ein. Es wird von Wissenschaft und Technik, weniger von der Industrie, in erheblichen Mengen gebraucht, während die bekannten und im Abbau befindlichen Lager dieses Edelmetalls spärlich sind und eine nennenswerte Vermehrung seit langem nicht erfahren haben. Wenn dieser Zustand weiter anhält, läßt sich voraussehen, daß der Bedarf an Platin bald nicht mehr wird gedeckt werden können und daß eine sehr bedeutende Steigerung des Preises stattfinden wird, der schon jetzt den des Goldes übertrifft. Die Angaben, die nun über die Platinerzeugung in Russland während des letzten Jahres veröffentlicht worden sind, werden diese Befürchtung steigern, denn seit langer Zeit ist die Menge des in Russland gewonnenen Platins noch nie so gering gewesen wie im Jahre 1908, und Russland liefert 95 Prozent der ganzen Weltproduktion. Allerdings scheint dieser Rückgang nicht auf einer Erschöpfung der im Ural vorhandenen Lager zu beruhen, sondern auf einer willkürlichen Einschränkung des Abbaus seitens der Besitzer der Bergwerke, die noch bessere Preise zu erzielen hoffen, wenn sie das weiße Edelmetall noch seltener machen. Nach russischen Gewichten betrug die gesamte Förderung von Platin im Ural während des vorigen Jahres 298 Pud 4 Pfund 49 Solotnik und 67 Dait, was einer Menge von rund 4800 Kilogramm entspricht. Im Jahre 1906 hatte die Erzeugung noch 865, im Jahre 1901 sogar 1450 Kilogramm mehr betragen. Es wäre wirklich Zeit, daß noch andere ergiebige Platinslager auf der Erde gefunden würden, damit die Produktion eines für die wichtigsten Zwecke unentbehrlichen Stoffes nicht von der Willkür einiger weniger Leute abhängig bleibt. (Deutsche Rundschau für Geographie und Statistik, Julinummer.)

Die Internationale Vereinigung für Erdbebenkunde hält ihre dritte Jahresversammlung vom 30. August bis zum 4. September unter dem Vorhild von Dr. A. Schuster in Jermant ab. Die ersten Versammlungen der Gesellschaft fanden in Strahburg im Jahre 1905 und im Haag im Jahre 1907 statt. Der Arbeitsausschuß hat die Zusammenstellung der Erdbeben für 1904 und für das folgende Jahr schon veröffentlicht. Ebenso wertvoll ist das mikroseismische Jahresbericht für 1905. Es bietet eine Zusammenfassung aller durch Instrumente gefundenen Daten, und eine Uebersicht über die sogenannten „weiterjitternden“ Erdbeben. Die Gesellschaft wendet ihre Aufmerksamkeit überdies der Konstruktion von Erdbebenmessinstrumenten zu und hat zu diesem Zwecke einen ständigen Ausschuß eingesetzt. Weiterhin sollen die geheimnisvollen Geräusche, die bisweilen an verschiedenen Orten gehört und als Rebellische bezeichnet werden, genau erforscht und ihre örtliche Verteilung eingehend bestimmt werden. Außerdem soll die Erdbebenliteratur zusammengestellt und ein Rodex für internationale Erdbebenmeldungen ausgearbeitet werden.

die Wohnung, mußte aber schon 17-18 Tage nachher seinen Dienst aufgeben und sich ärztlich behandeln lassen. Kläger behauptete, daß infolge seines Krankheitszustandes ein Herzfehler zurückgeblieben und er deshalb auch noch jetzt erwerbsunfähig sei. Die Gemeinde bestritt, daß sie ein Verschulden treffe und behauptete, daß der Kläger die Wohnung nicht genügend gelüftet und geheizt habe.

Das Landgericht und Kammergericht zu Berlin verurteilten die Gemeinde in vollem Umfange. Das Kammergericht führt dazu aus, daß die Krankheit des Klägers und deren schädigende Folgen nach den Sachverständigenurteilen auf die Mangelhaftigkeit der Dienstwohnung zurückzuführen seien. Auf den Anspruch des Klägers finde aber auch der § 618 Bürgerlichen Gesetzbuches analoge Anwendung. Die Schulgemeinde habe die ihr obliegende Pflicht nicht erfüllt, da sie dem Lehrer eine mangelhafte Dienstwohnung gewährte, deshalb treffe sie die Verantwortlichkeit. Diese Verantwortlichkeit sei auch aus dem Umstande zu folgern, daß sie die Dienstwohnung dem Kläger zu gewähren hatte und gewährt hat. Ob der Kläger sein bares Dienstverdienst von der Regierung bezog, könne dahingestellt bleiben, da die Schulgemeinde eben nach dem Vertrage für die Dienstwohnung zu sorgen hatte.

Gegen dieses Urteil des Kammergerichts zu Berlin hatte die

Gemeinde Revision beim Reichsgericht eingelegt und unter anderem eingewandt, daß die Krankheit des Klägers auf dessen mangelhafte Widerstandsfähigkeit zurückzuführen sei, daß in Groß- und Klein-Ziethen alle Wohnungen feucht seien, daß auch die früheren Lehrer nicht über die Wohnung geklagt hätten oder krank geworden seien und daß sich der Kläger durch Extrastudien für ein Examen überarbeitet und sich des Nachts schlecht zugebedt hätte. Der dritte Zivilsenat erkannte jedoch dieser Tage auf Zurückweisung derselben.

Wenn alle Lehrer Ostpreußens in ähnlicher Weise ihre Rechte geltend machen würden, würden wohl allmählich die Lehrerwohnungen insbesondere auf dem Lande ein minder schmackvolles Zeugnis von der ostpreussischen Unkultur ablegen wie heute. Auch für die Landarbeiter und andere, denen ungesunde Wohnungen so vielfach zur Verfügung angewiesen werden, dürfte der vorstehend geschilderte Prozeß von Wichtigkeit sein. Sie haben das Recht auf Aufhebung des Vertrages und allen Schadenersatz zu klagen, wenn die Wohnung gesundheitsgefährdend ist.

Pferdewurstschwindel.

Angeklagt wegen wesentlichen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz war gestern der Schlächtermeister Karl Frische aus

Wilhelmsruh. — Der Angeklagte führt in Wilhelmsruh, Walberstraße, eine seiner Ehefrau gehörende Schlächtereier. Er verarbeitet in großen Quantitäten Pferdefleisch, welches er mit 30 Pf. pro Pfund in Rigdorf kauft, zu seiner „billigen“ Salami-, Schmal- und Mettwurst. — Das Schöffengericht hatte den Angeklagten mit Rücksicht auf den großen Umfang, den sein Pferdefleischvertrieb angenommen hatte, zu einer Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilt, auch die Publikation des Urteils angeordnet. Die hiergegen eingelegte Berufung des Angeklagten wurde unter Bestätigung des ersten Urteils von der Strafkammer verworfen.

Amlicher Marktbericht der hiesigen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. **Marktlage:** Fleisch: Zufuhr den Bedarf deckend, Geschäft fest, Preise unverändert. Wild: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise anziehend. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft ziemlich reger, Preise wenig verändert. Fische: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft still, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr reichlich, besonders in holländischen Sorten und Nahrungsmitteln, Geschäft lebhaft, Preise gedrückt.

Nur heute:

Passage-Kaufhaus

Friedrichstrasse 110-112
Oranienburgerstr. 54-56a

Betriebsgesellschaft
m. b. H.

Soweit Vorrat:

Taffet-Band

reine Seide, in allen Farben, ca. 15 cm breit

Mtr. **32** Pf.

Bast-Seide

vorzügliche Qualität 80 cm breit

Mtr. **1.95**

Halb-Handschuhe

aus weissem, haltbarem, durchbrochenem Gewebe, ca. 40cm lang

Paar **18** Pf.

Sonnen-Schirme

mit Einsatz oder Spitzenvolant

1.45

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 9. Juni. Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Die Walküre. (Anfang 7 Uhr.)
Königl. Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt. Anfang 8 Uhr.
Neues königliches Opernhaus. Salome.
Deutsches. Die schilde Auguste. Kammertheater. Ein Ständchen in Monte Carlo.
Festung. Die Dollarprinzessin.
Berliner. Ein Herbstmanöver.
Schiller O. (Königl. Theater.) Der Biberpelz.
Schiller Charlottenburg. Ein Erfolg.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Jularensieber.
Neues Schauspielhaus. Maß.
Königliche Oper. Carmen.
Neues. Tricouche und Cacolet.
Theater. Im Café Robles.
Lustspielhaus. Der fejsche Nudi.
Kleines. Moral.
Hebbel. Hohes Spiel.
Erianon. Die Sprudelfee.
Neues Operetten. Der Jägerbaron.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Teufelsweib. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Lulken. Gerda Grovius.
Folies Caprice. Drei Frauenhüte.
Der Doktor u. s. w. Anf. 8 1/2 Uhr.
Metropol. Die oberen Zehntausend.
Bernhard Rose. Das Mädchen ohne Uhr.
Apollo. Hestlein. Er oder Er.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Vahage. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Der Kompagnieball.
Urania. Tanzrevue 48/49. Abends 8 Uhr: Rom und die Campagna.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
Lessing-Theater.
Gastspiel d. Neuen Operetten-Theaters. Anfang 8 Uhr.
Die Dollarprinzessin.
Berliner Theater.
Gastspiel-Operetten-Theater. Täglich 8 Uhr: Ein Herbstmanöver.
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Tricouche und Cacolet.
Morgen und folgende Tage:
Tricouche und Cacolet.
Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr zum erstenmal:
Der fejsche Nudi.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr:
Rom und die Campagna.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll).
Gura-Oper. Salome.

Oper von Richard Strauß. Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Don Juan.
Freitag: Figaros Hochzeit.
Sonnabend: Butterfly.
Sonntag: Salome.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Mittwoch, 9. Juni, Anfang 8 Uhr:
Jularensieber.

Donnerstag: Der Dorfmann.
Freitag zum erstenmal: Randoberregen.
Sonnabend: Randoberregen.

Neues Operetten-Theater, Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Heute: Geschlossen.
Morgen, 8 Uhr:
Die Sprudelfee.

Hebbel-Theater. Anf. 8 Uhr.
Hohes Spiel.

BERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr:
Das Mädchen ohne Uhr.

Sommerpreise.
Auf der Gartenbühne u. a.: Berlin auf Steigen mit Billi Kogon.
Konzert, Spezialität. Anf. 4 1/2 Uhr.

Apollo Theater

9 1/2 Uhr: 9 1/2 Uhr:
Er oder Er mit
Hartstein
8 Uhr: Die neuen Spezialitäten.
8 1/2 Jean Paul mit neuen Schlegeln.
9 1/2 Yankee Doodle Girls.
9 3/4 Palma und Nathal, Mensch oder Affe???

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Der Biberpelz.**
Eine Diebstahlskomödie in 4 Akten von Gerhart Hauptmann.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Jungfer Obrigkeit.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Biberpelz.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Ein Erfolg.
Zweiteil in 4 Akten v. Paul Lindau.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Brothers Millionen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Madame Bonivard.

Arnold Scholz **Neue Welt** Hasenheide 105-114
Heute, Mittwoch, **Große Spezialitäten-Vorstellung.**
den 9. Juni 09: **Großes Kinderfreundfest.**
Großes Konzert. Großes Kinderfreundfest.
Bonbonregen x Kinderbelustigungen aller Art x Puppen-Theater.
Große Gratis-Verlosung.
Hauptgewinne je 1 silberne Uhr f. Mädchen u. Knaben.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf.

Achtung! Diez' Jetzt nur Seeterrasse Lichtenberg
Ob schön! Täglich: Ob Regen!
Ob das größte, beste Programm Berlin
Gr. Konzert u. a.: Brothers Heilig, unübertroffener liegender Trapesist. Ritter, der unsterbliche Humorist. Bogas u. Darley, die best. kom. Redner u. s. w. Am Saale: BALL. Anfang 4 Uhr. x 15 Auberboote x Kaffeeküche x Volksbelustigungen x Vorzugskarten gültig. Entree nur 20 Pf.

Schloß Weißensee
Heute, Mittwoch, den 9. Juni:
Großes Konzert der Tropenkapelle
Direktor Mahmann.
Großer Erfolg! Sudanesen-Karawane.
Afrikanisches Dorf mit 45 Eingeborenen u. vielen Tieren. Großartige, nie gesehene Vorführungen um 4 u. 8 Uhr (Sonntag 11 1/2, 4, 6, 8 Uhr) aus dem Leben der Afrikaner. U. a.: Fahrendes Volk im Sedan, Elefantenjagd, Frauenraub, Pferdedieb, Reitermanöver und Wettrennen. Unübertreffliche Reiterkunst des Badainemhischen Akri bent Khemis im Herrensattel! x Kaffeeküche 2 Uhr! x Bootfahrten! x Schwebebahn! x Volksbelustigungen aller Art!
Neu! Heute sowie tägl. erstklassiges Spezialitäten-Programm.
Anfang 3 1/2 Uhr. Entree 50 Pf., Kinder 15 Pf.

Mit **PURIFIN** bestrichene Plättwäsche, d. h. Kragen, Manschetten etc., ist stets sauber.
Purifin konserviert die Wäsche.
PURIFIN-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H. Berlin SW. 68, Linden-Strasse Nr. 16/17.
Farnsprecher: Amt IV, Nr. 9243.
Probeflasche per Nachnahme M. 1.50.

Passage-Panoptikum.
Lebend!
Die letzten weiblichen Wesen vom Stamme der **Azteken!**

Gr. Schaulustellungen Vitascope-Theater usw. Alles ohne Extra-Entree.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 16. Am herrlichen Hofgarten, bei (gleich) Wetter im Nacht-Theaterjaal: **Konzert, Theater, Spezialitäten!** Abends 9 1/2 Uhr:
Unser süßes Mädel. Rom. 6, Anf. 7 Uhr. Entree 30 Pf. (Kronen, Vorzugskarten gültig!)

Brunnen-Theater

Sadstraße 58. Direktion: Willi Voigt. Heute sowie täglich: **Erstklassige Spezialitäten!** **Novität! Novität!**
Die Spreewald = Mäde. Gr. Ausstattungs-Vollstück mit Gesang u. Tanz in 4 Akte v. Hoffmann. Kassenöffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48. Täglich:
Spezialitäten und Theater-Vorstellung.

Anf. d. Vorf. 5 Uhr, Konzert 4 Uhr. Gartenöffnung 3 Uhr. Jeden Montag **Elftag, Spezialitäten und Solos** der „Lustigen Sängers“. Bei Regenwetter Vorstellung im großen Theater-Saal.

Tabakarbeiter-Genossenschaft, Hamburg

Generalvertrieb und Fabriklager Berlin 50, Köpenicker Straße 20a
Vertreter: **Udo Stangenberg** Amt IV. 9160
Niederlage der Nordhäuser Kautabakarbeiter-Genossenschaft
Zigaren - Zigaretten - Kautabake zu Fabrikpreisen.

Meine Privatklinik für Frauenleiden

befindet sich jetzt Chausseestraße 11, Eingang Tiedestraße.
die Poliklinik (wochentags 2-3) Alt-Moabit Str. 45, nahe Goltzowdstraße.
Dr. Zepler.

20405*
Phänomenen
Cigaretten!
Devise: Qualität ist die beste Empfehlung

Metropol-Theater

Die oberen Zehntausend, Amerik. Operette v. Jul. Freund. Musik v. Gust. Kerker. In Szene gesetzt von Dir. Rich. Schultz. Tänze von Mr. Bishop. Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Walhalla-Opern-Theater

Weinbergsweg 19-20, Rosenthal. Anfang 8 Uhr. Im Theater: **Die glänzenden Spezialitäten.** Im Garten: **Frei-Konzert.** Der Ring durch die Luft. Theaterbesucher freien Eintritt. Heute: **Tanz-Reunion.**

Max Kliems

Sommer-Theater und Festsäle Rudolf Krüger Hasenheide 13/15. Täglich:
Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Art. Leitung: Walter Gravenitz. Jeden Donnerstag: **Elftag.** Während und nach der Vorstellung **Tanzkränzchen.**

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger (Meysel, Britton, Schrader usw.)
Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

WINTERGARTEN

Neues Programm!
Die schaumgeborene Venus
„La Pia“

in ihrem Phantasie-Tanz: „Der Wellen Geist“ sowie
12 sensationelle 12
Juni - Attraktionen 12
Reserviert Platz 2 M. Entree 1 M.
(einschl. Programm u. Garderobe.)

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Willi Prager
The York Sisters
und das glänzende
Juni - Programm.
12 Variétés 12
Sensationen 12

Landesausstellungspark
am Lehrter Bahnhof
Neu erbaut: Festliche
Gartenrestaurant
Konditorei und Café
Militär - Konzert
tägl. v. 4 Uhr ab

Dejeuners
von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners und Soupers v. 4.00 an

Berliner Prater-Theater
Restaurantsallee 7-9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Spezialitäten ersten Ranges.
Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Schweizer - Garten
Am Königsplatz. Am Friedrichshagen
Kaisertempel der Straßenbahn
1, 2, 4, 17, 59, 62, 74 u. Q.
Anfang 4 resp. 5 Uhr
Täglich Entree 30 Pf.
Neues Theater- u.
Spezialitäten - Programm.
Ball u. Volksbelustigungen.
Ettliche Sonnabende
an Vereine zu vergeben.

Damms Volkspark - Theater
Landsberger Allee 74/77.
Große Vorstellung
des
Sächsischen Volks-Theaters
nebst Auftreten erstl. Spezialitäten.
Zum ersten Male in Berlin.
Man ändert sich täglich.

Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Orab.
Zor. Eleg. Braut. Gebroch
1.50, 2.00, 1.00, 2.00, 50 Pf.

Steppdecken
Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Similiseide in den 4⁸⁵ 6²⁵
Farb. rot, 7⁵⁰ 8⁷⁵
blau, oliv.
auf beid. Seit. benutzbar 11,25
Wollatlas rot . . . 7⁵⁰ 9⁰⁰
Bunte Normal- 17⁵⁰ 2⁵⁰ 3⁵⁰
Schlafdecken
Wolldecken ganz dick 3⁰⁰ 4⁰⁰
extrahilf
Mein neuer
Pracht-Katalog
mit ca. 650 Abbildungen
gratis u. franko.

Königstadt-Kasino.
Solmarstr. 72 (Ecke Alexanderstr.)
Tägl. 1. Herrl. Rotur-Sommergarten
Theater- und Spez. Vorstellung.
Wem gehört die Frau! Gefangs-
pöffe.
Omer-Salt-Trio, Origin-Rovelli
Lascaberris u. a. erstklassige Spez.
Anfang wochentags 7 1/2 Uhr,
Sonntags 8 Uhr.

Karls Garten
Rixdorf, Karls Gartenstr. 8-11.
X Prachtvoller alter Naturgarten.
X Sonntags: **Konzert.**
Montags: **Die lustigen Kalauer.**
Jeden Dienstag: **Kinderfest.**
Wittwochs: **Konzert**
und Spezialitäten-Vorstellung.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich: **Gr. Militär-Konzert.**
Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Entr. 15 Pf. Wähe od. Schärpe grat.

Puhlmann's
Theater
Täglich: **Große**
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Heute Wittwochs: **Großer Ellittag.**
Neu! **Die Dalesprinzessin.** Neu!
Dito Deher.
Beg. d. Konzerts 4 1/2 u. d. Vorst. 5 1/2 Uhr.
Täglich: **Großer Ball.**

Moderner Vergnügungs - Park
im Alten Botanischen Garten,
Berlin W. 37, Potsdamer Str. 76.
Den ganzen Tag geöffnet.

White City
Heute: **Großes Kinderfest.**
Erwachsene oder Kinder
Eintritt 15 Pf.
Morgen
Donnerstag: **Gala-Feuerwerk.**

Volksgarten - Theater
früher Weimanns Volksgarten.
Am Bahnhof Gefundenbrunnen.
Täglich: **Konzert, Theater und**
Spezialitäten-Vorstellung.
Nebenprogramm: Leopold Rosser,
Ada Willé, The Grös, die 5 Gliazio's-
Sinfonisten. **Spree-Athener.**
Vollständig mit Gesang in fünf Bildern
von Heiligen.
Die Kaffeeküche ist täglich geöffnet.

Nur noch kurze Zeit
bestehen wir zu den
äußerst billigen Preisen
R 20 Mk. an
in Biedorf, Stadtbahn,
R 12 Mk. an
Kaulsdorf, am Bahnhof,
R 10 Mk. an
Seefeld, am Bahnhof,
R 10 Mk. an
Bahnhof Sabowa,
Biedorf, Kaulsdorf-Züb.,
R 4 Mk. an
in Petershagen, Ostbahn.
Verkaufsstellen an den
Bahnhöfen.
Nieschalke & Nitsche
Berlin, Weste Königsstr. 16

Fabrikarbeiter-Verband

Verwaltung Groß-Berlin.
Achtung! **Urabstimmung!** Achtung!
Die am 2. Mal 1909 stattgefundene ordentliche Generalversammlung hat durch Beschluß festgelegt, daß über die Frage: „Erhöhung des Lokalbeitrags“ die Gesamtheit der Mitglieder durch eine Urabstimmung entscheiden soll. Diefelbe findet am

Sonntag, den 13. Juni 1909,
vormittags von 10-2 Uhr,
in nachstehenden Lokalen statt:

- | | |
|--|---|
| Norden.
1. Döhling, Brunnenstr. 79.
2. Hoffmann, Faltenwalder Str. 8.
3. Reich, Schönhauser Allee 181a. | Tegel.
Kaffee, Berliner Str. 92.
Schöneberg.
Gebhardt, Götzenstr. 23.
Wilmann.
Schumann, Wilmann. |
| Nord-West.
1. Kirskowski, Beusselstr. 9.
2. Schröder, Stromstr. 36. | Neuenhagen.
Wänsche, Bahnhofstraße.
Zenussdorf.
Knorr, Zenussdorf. |
| Osten.
1. Roth, Krafftstr. 36.
2. Pich, Werthauer Str. 61.
3. Rott, Strahmannstr. 29. | Spandau.
1. Schröder, Pichelsdorfer Str. 5.
2. Gottwaldt, Schönwalder Str. 60. |
| Süd-Ost und Süden.
1. Schulze, Forster Str. 17.
2. Knechtel, Wasserforstr. 14.
3. Scholz, Baruther Str. 22. | Senzig.
Schimke, Senzig.
Wilhelmsruh.
Frische, Niederstr. 5.
Adlershof.
Tempel, Kronprinzstr. 19. |
| Rummelsburg.
Wolff, Rummelsburg.
Ober-Schöneeweide.
Roode, Wilhelmshofstraße.
Johannisthal.
Gobbin, Koenigstr. 2. | Röpenitz.
1. Tauchert, Rüggebelmer Str. 4.
2. Golze, Kaiserin-Auguste-Viktoria-
Straße.
3. Goch, Schönrieder Straße. |
| Rixdorf.
Gellert, Steinmühlstr. 93.
Charlottenburg.
Vollthaus, Rosinenstr. 3.
Weißensee.
Content, Lehderstr. 5.
Reinickendorf.
Roemer, Birkenstr. 69. | Alt-Gröden.
Joch, Röpenitzer Straße. |

Die Stimmgabeln werden durch die Hauskaffierer, Vertrauensleute und
Zahlstellershaber den Mitgliedern verabfolgt und wird die Teilnahme an
der Abstimmung durch Stempelvermerk im Mitgliedsbuche bescheinigt.
64/17* Die Ortsverwaltung.

Si-Si Brause.

Wir benachrichtigen hiermit unsere verehrten Abnehmer,
daß wir unser bestbekanntes, aus frischen Früchten her-
gestelltes alkoholfreies Erfrischungsgetränk nachstehenden
Firmen in Depot gegeben haben, da wir dasselbe nicht mehr
ausführen. Die betreffenden Firmen werden unsere **SI-SI**
Brause zu den bekannten Bedingungen und Preisen liefern.

„Berolina“, G. m. b. H., S. 59, Maybachufer 9, Tele- phon Amt 4, No. 10312, 10313.	H. Klemm, Biergroßhand- lung, NO. 55, Greifswalder Straße 16, Fernsprecher Amt 7, 1725.
Gustav Mailée, Ränge- straße 14, Fernspr. Amt 4, No. 5217.	Siegfried Ernst, N., Schul- straße 51.
Wilhelm Lets, Solmsstr. 30, Fernspr. Amt 6, No. 13411.	Hermann Ewest, N. 4, In- validenstr. 34, Amt 3, 6192.
Rudolph Busse, Mineral- wasserfabrik, SO. 16, Engel- ufer 6, Fernspr. Amt 4, 8590.	Friedrich Klein, SO., Pücklerstr. 6.
F. Paltinat, O., Mühlen- straße 32.	Tilch & Köster, Schöne- berg, Leuthenstr. 16, Tele- phon Amt 6, No. 1302.

Weitere Firmen, von denen das Getränk zu beziehen sein
wird, werden demnächst bekanntgegeben. 74/14
Deutsche **SI-SI** Werke, G. m. b. H.,
Berlin O. 17, Radolfstr. 4.

O ich bin klug
und weise



denkt manche Hausfrau, indem sie sich
ein Paket Seifenpulver „Goldperle“
kauft, in welchem sie ein prächtiges
Geschenk findet, das ihr große Freude
macht.

Fabrikant:
Carl Geinert, Göttingen.

Schutzmarke.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme wie die Kranzspenden bei
der Beerdigung meines lieben Mannes
und Vaters 15152
Karl Gronwald
sagen wir allen Beteiligten, ganz be-
sonders dem Gesangsverein „Waldes-
rauschen“-Karlshorst unseren innig-
sten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und
die zahlreichen Kranzspenden bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
Hermann Ganzert
sage ich allen Verwandten und Be-
kannnten meinen innigsten Dank.
Wwe. Anna Ganzert
und Kinder.
29498

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und reichen Kranzspenden
bei der Beerdigung meiner innigst
geliebten Frau 29498
Elise Bengs
geb. Meißner

sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, dem Gesangsverein
„Solidarität“, sowie allen Kollegen
und Kolleginnen meinen innigsten
Dank.
Kurt Bengs.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt 62/9*
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am
Moritzplatz
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4
Von der Reife zurück
Dr. med. & jur. Max Goldschmidt,
Barthauer Straße 15. 74/15*

Billigste Bezugsquelle
gedieg. Trauergarderobe
Westmanns
Trauer-Magazin
Berlin W., Mohrenstr. 37a
NO., Gr. Frankf. Str. 115.
Genaue Beachtung
meiner Firma u. Haus-
nummer geboten!

Wanzen
tötet unschädlich mit Brand
Reichels Wanzenfluid „Radikal“
fl. 50 Pf. 1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-
Abfolgt Redfret, nicht feuergefährlich,
kein übl. Geruch, nachhaltigste Wirkung

Schwaben
vernichtet mit Brand radikal u. sicher
Reichels Spezial-Schwaben-Poudre
„Martial“. Paket 50 Pf., 1.-, 2.-,
Pfd. 4.-.

Motten
werden ganz sicher vertilcht und
vollkommen ausgerottet durch Reichels
Spezial-Mottenpulver „Total“. Paket
50 Pf., 1.-, 2.-, 3.-, 4.-, 5.-
Sprühapparate von 50 Pf. an.
Einzig echt u. garantiert wirk-
sam nur i. Original-
packungen **Todu. Zenzel**
mit Marke
in den Drogerien und bei **Otto**
Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.
Fernspr.-Anschlüsse IV 4751, 4752, 4753.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Landsberger Viertel.
Bezirk 359.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Soldat
Stephan Wisniewski
Weidenweg 87
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 10. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, vom Trauerhause
aus auf dem Park-Straßhofe in
Wilhelmsberg statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
des
6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 6. Juni verstarb unser Mit-
glied, der Steinmetz
Peter Knieriem
Wilhelmsdamer Straße 31.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 10. Juni, nach-
mittags 6 Uhr, auf dem Feldand-
Kirchhof in Pögnitz statt.
Um rege Beteiligung ersucht
227/20 Der Vorstand.

Zentral-Verband
der Steinarbeiter
Deutschlands,
Filiale Berlin.
Am 6. Juni starb unser Kollege
Peter Knieriem
im Alter von 35 Jahren an der
Verstärkung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 10. d. M., nach-
mittags 6 Uhr von der Leichen-
halle des Feldand-Kirchhofes in
Pögnitz aus statt. 171/9
Zahlreiche Beteiligung ermarzt
Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Arbeiter
Hermann Grothe
am Sonntag, den 6. d. M., im
Alter von 51 Jahren an Herz-
schwäche gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Witt-
wochs, den 9. d. M., nachmittags
3 Uhr, von der Leichenhalle der
Frei denburg-Gemeinde, Nordend, aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
67/20 Die Verwaltung II.

Verband
deutscher Gastwirtsgehilfen
(Ortsverwaltung Berlin I.)
Am 6. Juni verstarb nach langem
Leiden unser altes Mitglied
Fritz Wolff.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Heute,
Wittwochs, den 9. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Bartholomäus-Kirch-
hofes, Weißensee, Falkenberg-
straße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
74/19 Der Vorstand.

Zentralverband der Handlungs-
gehilfen u. Gebilltinnen Deutschl.
(Bezirk Berlin.)
Nachruf.
Am der Nacht vom 4. zum
5. Juni verstarb an Gehirntumor
unser Mitglied
Nathan Kahn.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet in Ober-
dorf bei Wöhlungen (Wärtem-
berg) statt. 255/9

Dankfagung.
Allen lieben Freunden, die meinem
lieben Mann und guten Kollegen
Peter Kromer das Geleit
und die letzte Ehre erwiesen haben,
sage ich hierdurch meinen innigsten
Dank. **Klara Kromer und Coen,**
+15532 Rixdorf.

Dankfagung.
Sage allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, dem Genossen des
Ehrens- und Bauvereins (Ansehung
Stargarder Straße), dem Unter-
stützungs- und Begräbnisverein der
Schmiede sowie meinen Mitarbeitern
der H. C. G., Abteilung III, ins-
besondere dem Gesangsverein „Schil-
horn“ für die rege Teilnahme sowie
die herzlichen Kranzspenden bei der
Beerdigung meines lieben Mannes
und meines guten Vaters meinen
berühmten Dank. 15542
Wwe. Emma Müller nebst Söhnen.

„Mahé“
Kostüm
Wert M. 156.—
jetzt M. 30.—

Gibt's das sonst wo?

„Verver“
Kostüm
Wert M. 112.—
jetzt M. 20.—

Kurs vor Beendigung des
großen Inventur- und Reise-Ausverkaufs
biete ich an:
ca. 1500 Reise- und Staubmäntel { Wert bis M. 50.— Wert bis M. 90.— Wert bis M. 175.—
jetzt M. 10.— jetzt M. 18.— jetzt M. 35.—
ca. 1700 Kostüme f. Reise, Strand { Wert bis M. 60.— Wert bis M. 120.— Wert bis M. 250.—
u. Promenade { jetzt M. 12.— jetzt M. 24.— jetzt M. 50.—

Ferner in demselben Verhältnis im Preise herabgesetzt:
Die gesamten Bestände in **Leinen-, Bast-, Rips-Konfektion**
größtenteils eigener Fabrikation,
Paletots, wetterfesten Lodencapes, Gummimänteln,
Jacketts, Kimonos, Strickjacken,
Washkleidern, Blusen, Röcken in Prinzess-, Nieder-, entre-deux-Form.
Unzählige Auswahl und vielseitige Ausführungen!!!
Selbst die stärksten Figuren finden **Pasendes** vorrätig!!!
Besuch möglichst vormittags erbeten!

Gratis zum Zwecke der **1 Rock, 1 Bluse, 1 Cape,** je nach Wahl bei Einkauf
Räumung: von schon M. 20.— an.

Spezial-Konfektionshaus Westmann
Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a { kein Eckhaus, 2. Haus von
und Berlin NO., Große Frankfurter Straße 115 { kein Eckhaus, 2. Haus von
der Andreasstraße.

Beachten Sie gefl. genau meine Firma und Hausnummer!

Heute Mittwoch: Zahlabend in Berlin und Vororten.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Der für Sonntag, den 13. Juni, geplante Familienausflug nach Grünau findet erst am Sonntag, den 20. Juni, statt.

Wilmersdorf-Galensee. Für die Galenseer Genossen findet am heutigen Mittwoch ein gemeinsamer Zahlabend bei Göhring, Georg-Wilhelm-Straße, Ecke Liegenstraße, statt.

Lichtenrade. Am Sonnabend, den 12. Juni, findet in dem Lokal von Hub. Peter, Bahnhofsstraße, der regelmäßige Zahlabend statt.

Friedrichsdorf-Petersdamm. Donnerstag abend 8 1/2 Uhr im Lokal von Max Witzle Zahlabend.

Nieder-Schöneweide. Der heutige Zahlabend fällt wegen der Beerdigung des Genossen Hermann Randsperger aus.

Zur Beerdigung treffen sich die Genossen heute um 3 1/2 Uhr, bei Paul Richter, Haselwerder und Fennstraße-Ecke; die Sänger um 8 Uhr, bei Adolf Stahlberg, Berliner Straße 123.

Lichtenberg. Da bis heute abend sämtliche Bibliothekbücher abgeliefert sein müssen, so ersuchen wir die Mitglieder, die noch in Händen befindlichen Bücher unverzüglich abzugeben.

Die Eröffnung der Bibliothek wird an dieser Stelle bekanntgegeben.

Eichwalde-Zeuthen-Miersdorf. Heute abend 8 Uhr, Generalversammlung im Restaurant Spehmann. Der Zahlabend fällt aus.

Bernau. Der Juni-Zahlabend findet morgen Donnerstag, in den bekannten Lokalen statt.

Berliner Nachrichten.

Berliner Verkehrsfragen.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner beschloß die Verkehrsdeputation in ihrer gestrigen Sitzung: dem Kaufverträge bezüglich der Erweiterung der Flachbahn Warschauer Brücke—Zentralviehhof prinzipiell die Zustimmung zu erteilen; desgleichen dem Ausbau dieser Bahn in der Richtung Görtziger Bahnhof.

Zur Verstärkung des Wagenparks der städtischen Straßenbahn sollen 200 000 M. zur Verneuerung des Schienenmaterials 150 000 M. aus bereiten Mitteln verwendet werden. Der Garantieübernahme für die Kosten des erweiterten Grundbesitzes am Großschiffahrtswege Berlin—Stettin stimmt die Deputation zu. Bei dem Vertrage mit der Eisenbahndirektion wegen Anlegung des Osthafens am Stralauer Acker haben sich eine Reihe Schwierigkeiten ergeben, die man aber hofft in Bälde auf dem Wege der Verhandlungen zu beseitigen, um das Werk, das so weit vorbereitet ist, endlich zur Ausführung bringen zu können.

Man hofft nun so mehr auf Erfolg der Verhandlungen, als ja der Eisenbahnverwaltung durch den Hafenbetrieb selbst erhebliche Vorteile zufließen. So zum Beispiel werden von der Hafenverwaltung das Rangieren der Barge besorgt sowie die Frachtbriefe ausgestellt u. a. m., wie überhaupt die Steigerung des Verkehrs der Bahnverwaltung nur Vorteil bringt.

Bezüglich des Ergänzungsverfahrens wegen der Tunnelprojekte der Großen Berliner Straßenbahn hat sich herausgestellt, daß vom Oberpräsidenten an die Berliner Vororte gar keine Anfrage bezüglich ihrer Forderungen gestellt worden sei, insofern dessen erübrigt sich ein gemeinsames Vorgehen. Es wurden die Forderungen durch Beschluß der Deputation präzisiert, wie solche dem Magistrat zur Weitergabe an den Oberpräsidenten empfohlen werden sollen. Der letztere hatte übrigens seine Aufforderung wiederholt und einen Termin von vier Wochen festgesetzt.

Die neuen Engrosmarkthallen.

Der von der Stadtbauratsversammlung eingesetzte Ausschuss zum Ankauf des Geländes auf dem Lehnert Güterbahnhof, an der Paulstraße, zur Erbauung von Engrosmarkthallen, hielt am Dienstag seine dritte Sitzung ab. Der Magistrat war durch den Oberbürgermeister, die Stadträte Benzky, Alberti, Krause, Waurat Tiege, Direktor Graue vertreten. In der sehr lebhaften Debatte waren fast alle Mitglieder des Ausschusses der Ansicht, daß man auf keinen Fall die Bedingungen des Eisenbahnministeriums annehmen könne. Die Einziehung der Haldestraße sei ganz unannehmbar; aber auch das Terrain selbst sei doch nur klein, wenn die zu ziehenden Straßen in Abgang gestellt werden. Ebenso dürfte der Verkehr in der Paulstraße so unhaltbare Zustände zutage treten lassen, wie dies jetzt am Alexanderplatz der Fall sei. Das Terrain an der Knieprodestraße und Landberger Allee biete dagegen in bezug auf Größe und Eisenbahnanschluss alle Vorzüge, welche man an eine Engrosmarkthalle stellen könne. Der Antrag unserer Genossen Dünge, Ewald, Tollsdorf, welcher die Vorlage des Magistrats ablehnt und den Magistrat ersucht, unverzüglich mit der Erbauung der Großmarkthallen auf dem städtischen Terrain zwischen Knieprodestraße und Paul Heidestraße vorzugehen, wurde gegen zwei Stimmen angenommen.

Die Raupenplage im Tiergarten macht sich in diesem Jahre in einer besonders umfangreichen Weise bemerkbar, so daß den Besuchern der Aufenthalt völlig verleidet wird. Wohin man tritt, überall tritt man auf Raupen, und es ist direkt zur Unmöglichkeit geworden, sich auf eine Wiese niederzulassen. Die Tiergartenverwaltung hat folgende Darstellung der von ihr zur Verhinderung und Beseitigung der Plage unternommenen Schritte gegeben: Während der kalten Jahreszeit war fortgesetzt eine Kolonne von Arbeitern damit beschäftigt, die Raupenmeister aus den Kronen der Bäume zu entfernen. Die Leute wühlten teilweise sogar unter Lebensgefahr mittels Mettereisen in die Bäume steigen und mit Stangenwickeln die Nester absonderten. Bei der Gefährlichkeit dieser Arbeiten in den höchsten Spitzen der alten Bäume war es nicht möglich, jedes Nest zu beseitigen, so daß immer noch zahlreiche Raupen auskriechen konnten, die dann ihr Vernichtungswerk an den jungen Trieben und Blättern vollführten. Infolge der erwähnten Arbeiten ist immerhin eine große Anzahl Eichen vom Raupenfraß verschont geblieben. Auch mannigfache Versuche, auf chemischem Wege — durch Entzündung heiser und scharfer Dämpfe, durch Besprengen der Stämme und Blätter mit ätzender Flüssigkeit sowie durch Anwendung von Klebemitteln und Baumharz — der Raupenplage entgegenzuwirken, haben nicht den gewünschten Erfolg gehabt, da die Behaarung des Goldastens, der im Tiergarten in so großen Massen auftritt, so dicht und widerstandsfähig ist, daß die angeführten Mittel nicht instande sind, durch die geschützte Haut der Raupe hindurchzudringen, und infolgedessen nur wenige Tiere auf diese Weise zugrunde gehen. Wegen der dichten, stehenden Behaarung dieser Raupe nimmt von den vielen Insekten freilebenden Vögeln auch nur der Amsel, der ebenfalls im Tiergarten vorhanden ist, die Tiere als Futter an. Seit Beginn des Auftretens der Raupen sind nun in allen Teilen des

Tiergartens Frauen damit beschäftigt, die Stämme der Bäume gründlich mit Besen zu säubern und die gesammelten Raupen zu töten. Auf diese Art werden viele Tausende der Schädlinge vernichtet. Auch an anderen Orten, wo sich Eichenwäldchen und Akazienpflanzungen dieser Bäume befinden, wie im Brunnenwald, speziell in Eichtamp, zeigt sich der Raupenfraß in ähnlicher Weise. Wirklich rationelle Mittel zur Vernichtung der Raupen haben sich bisher nicht finden lassen. Nur späte und starke Nachfröste waren nach dem Auskriechen der Raupe in früheren Jahren imstande, die Epidemie zu bannen. Jetzt beginnen die Raupen bereits, sich zu verpuppen. Sobald der Schmetterling auskriecht, werden in den Nachtstunden Versuche mit Blendlampen angestellt, in die die Schmetterlinge hineinfliegen sollen, um durch die Flamme verjagt und vernichtet zu werden.

Die Gärtnerwohnung eines mehrfachen Millionärs. In der „Correspondenz der Centralkommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges“ lesen wir:

„Der Kaufmann E. Wurchard, Besitzer von circa 80 Grundstücken im Bezirk von Groß-Berlin und mehrerer Millionen, hat u. a. in Charlottenburg, Berlinerstraße 21—22, ein Villengrundstück, dessen Veranschlagung einem dort angestellten Gärtner übertragen ist. Die Wohnung dieses Gärtners befindet sich im Kellergechoß dieser Villa, sie besteht aus einer Küche und einer Stube. Der Zugang zur Stube ist nur durch die Küche erreichbar; letztere hat wiederum ohne jeden Vorflur nur unmittelbaren Eingang vom Garten aus.

Die Wohnstube ist 5,50 Meter lang, 2,66 Meter breit und in Mittelhöhe (die Decke ist eine Wölbung) 3,59 Meter hoch. Dieser Raum wird noch verkleinert durch vier starke Tragepfeiler, die eine Gesamtfläche von 0,48 Meter einnehmen. Damit verbleibt eine Wohnfläche von 14,15 Quadratmetern mit einem Luftvolumen von 36,78 Kubikmetern. Hierin wohnen mit ihren Betten und Möbeln der Gärtner mit seiner Frau und zwei Kindern. Es entfällt (den Raum, den die Gegenstände einnehmen, mitgerechnet) auf die Person 9,20 Kubikmeter Luft. — Ein Tisch ist mit knapper Not unterzubringen, für Stühle ist gar kein Raum. Als Kollegen diesen Gärtner einmal besuchten und einen „kleinen Stot floppen“ wollten, mußten sie die Beiränder als Sitzplätze benutzen.

Ein Ofen zur Beheizung des Raumes ist wohl vorhanden, doch vermag dieser selbst bei größter Wärmeentfaltung nicht zu verhindern, daß die Luft meist feucht und muffig ist. Am schlimmsten ist dieser Zustand im Frühjahr und Herbst, wenn nicht mehr oder noch nicht geheizt wird. Die Wände sind dann in der Höhe, wie sie in der Erde liegen, mit Feuchtigkeit gesättigt. Zur Belichtung und Ventilation ist ein einziges Fenster vorhanden. Dem Gärtner sind die Matten der Betten und das Sofa verstaubt. — Gestagt wird auch noch darüber, daß die gewölbte Decke an einer Stelle schon lange undicht ist. Ueber dem Zimmer befindet sich der Wintergarten; wird dort gegossen, so tröpfelt von dort aus an der Stelle, wo die Betten stehen, Wasser hindurch, das beschämend und zerstörend wirkt.

Der Gärtner hat mehrfach ersucht, die Mißstände zu beseitigen bzw. ihm eventuell eine andere und größere Wohnung zu geben, was um so leichter möglich wäre, als die ganze Villa schon seit zwei Jahren überhaupt nicht bewohnt wird (der Besitzer wohnt anderweit). Anfang März d. J. wurde das Gesuch wieder erneuert; als es auch diesmal darfst abgelehnt wurde, blieb dem Manne nichts weiter übrig, wie seine Stellung aufzulassen. — Menschliche Gefühle scheinen Großkapitalisten überhaupt nicht zu kennen.

Den Sonntagsausflüglern widmet ein Provinzialer, den das Schicksal nach Berlin verschlagen hat, folgenden Stoßseufzer: „Wo viele Menschen beisammen leben, müssen sie schon etwas mehr Rücksicht nehmen als in der Wildnis. Das Erste, was hier dem ausfliegenden Keuling auffällt, ja oft Entsetzen erweckt, ist die Eizahl und Schnelligkeit, mit der sich der enorme Eisenbahnverkehr abspielt. Die Geschwindigkeit und doch Ruhe, mit der sich das Ein- und Aussteigen abwickelt, läßt auf eine gute Erziehung schließen. Auch das Bahnfahren will eben gelernt sein. Der gewandte Fahrgast schließt sogar sein Anteil selbst, wenn er es als Lehrling verliert und beschleunigt dadurch die Abfertigung. Nicht ganz so erfreulich ist das Bild draußen bei Mutter Natur. Wer ein idyllisches Plätzchen zum Lager sucht, braucht oft lange Zeit, denn wo das meiste Stullenpapier liegt, ist's nicht mehr einladend. Riefte sich nicht der große Garten Natur ebenso rein halten wie die Wohnstube? Bei allseitigem guten Willen müßte das geben. Sind keine Papierkörbe zur Stelle, was auch beim besten Willen nicht überall möglich ist, so tut's nicht weh, wenn man das entbehrlich genommene Papier in den mitgebrachten Behälter zum Verbrennen mit nach Hause nimmt. Wenn's nicht anders ist, kann man außerhalb fast überall ein Loch zum Verscharren solcher Papierreste, Apfelsinen- oder Eierschalen graben. Auf keinen Fall dürfen solche Dinge einfach fortgeworfen werden. Wer sich vor dem Verlassen eines jeden Ruheplatzes von dessen Sauberkeit überzeugt, wird dort auch nie eine Schlief- oder sein Taschentuch liegen lassen. Ein genügsamer Ausflügler bedarf aber auch einer guten Vorbereitung. Dazu gehört ein guter „Führer“ oder eine „Spezialkarte“, um auch die ruhigeren abseits liegenden Punkte zu finden, und nicht zu vergehen die „Sperrliste“. Es dürfte nicht vorkommen, daß man organisierte Arbeiter in gesperrten Lokalen findet, weil sie es nicht wissen. Wünschenswert wäre allerdings auch, daß die Lokalkommission den Berlin besuchenden Genossen die Sperrliste zugänglich macht, vielleicht durch das Gewerkschaftshaus. Dann kann es nicht vorkommen, daß Kongregationsbesetzte gesperrte Lokale frequentieren, die der Berliner Genosse nur mit heiligem Scheu von außen betrachten darf. Und noch eins! Wer es irgend einrichten kann, gehe des Morgens hinaus und kehre vor Abend heim. Er genießt mehr und läuft nicht Gefahr, in den Abendjügen erdrückt zu werden. Vor allem aber, halter Bald und Flur rein, andere wollen dort nach euch auch noch genießen!“

Eine Aneide als Rentenzahlstelle. Die Berliner Postverwaltung hat den Versuch gemacht, die am Monatsersten fälligen Unfälle- und Invalidenrenten nicht mehr ausschließlich in postalischen Räumen zur Auszahlung zu bringen. Es sind für diesen Zweck zunächst die besonderen örtlichen Verhältnisse bei dem Postamt 58 in der Danziger Straße 8 maßgebend gewesen. Die Posträume sind hier, wie ja auch an manchen anderen Stellen, so eigenartig beengt, daß die vielfach gebrechlichen Rentempfänger Gefahr laufen, bei Abhebung ihrer Monatsrenten zu verunglücken. Früher hatte das Haus nur einen einzigen Eingang, der gleichzeitig als Einfahrt für den dort sehr lebhaften postalischen Fahrwerksverkehr diente. Da die Rentenzahlung auf dem Hofe erfolgte, mußten die Rentempfänger unbedingt diese Einfahrt passieren. Infolge einer entsprechenden Abgabe im „Vorwärts“ ist dann daneben noch ein Eingang für Fußgänger ausgedacht worden. Gleichwohl benutzen noch nach dieser Zeit die meisten Rentempfänger die gefährliche Einfahrt. Die Oberpostdirektion hat daher angeordnet, daß die Rentenzahlungen am Monatsersten, bei denen es sich um mehrere hundert Rentempfänger handelt, fortan in Restaurationslokalen von Ruhmanns Theater in der Schönhofstraße erfolgen. In allen übrigen Lokalen wird dagegen nach wie vor an den Schalteräumen des Postamts 58 gezahlt. Die Einrichtung dürfte sich noch für ver-

schiedene andere Postämter eignen, bei denen ähnliche örtliche Zustände vorhanden sind. Gänzlich sind damit die Unzuträglichkeiten in der Danziger Straße 8 noch immer nicht beseitigt. Wer beispielsweise das dortige Briefträgerzimmer aufsuchen will, muß auch jetzt noch, selbst wenn er den neuen Eingang für Fußgänger benützt, die Einfahrt überschreiten. Der Hauptabfertigungsraum für das Publikum entspricht nicht entfernt dem dortigen starken Verkehr. Auch die Briefträger Klagen, daß die ihnen zum Sortieren usw. angewiesenen Amsdräume durchaus unzureichend sind.

Um Selbstentzündungen aufgestapelter Presslohlen zu vermeiden, müssen die Presslohlenstapel, worauf das betrieblige Publikum besonders hingewiesen wird, auf je 2 Meter Länge Ventilationskanäle in ihrer ganzen Tiefe und Höhe erhalten. Diese Kanäle lassen sich leicht dadurch herstellen, daß zwei Presslohlen mit 6 Zentimeter Zwischenraum als Raster und über dieselben gleichfalls zwei Presslohlen mit demselben Zwischenraum als Binder und in der gleichen Weise durch den ganzen Stapel nach hin gelegt werden und zwar dergestalt, daß dadurch nicht nur ein senkrechter Luftkanal, sondern auch zwei sich kreuzende horizontale Kanäle gebildet werden. Die durch letztere stattfindende Lüfterneuerung erscheint geeignet, Selbstentzündungen der Presslohlen zu hindern.

Auf einen eigenartigen Schwindel verfallen ist ein junger Mann, der in Abwesenheit des Mannes in Wohnungen erscheint und der zu Hause anwesenden Frau oder jungen Damen für ihren Bräutigam sein fälschlich eingewidmete Zeitschriften überbringt mit dem Bemerkten, daß diese Sachen bestellt seien. Er weist auch eine quitierte Rechnung der Buchhandlungsfirma Dohm vor, die auf kleinere Beträge lautet. Vielfach wird ahnungslos der kleine Betrag bezahlt. Hinterher stellt sich heraus, daß die Leute einem Schwindler in die Hände gefallen sind. Die Zeitschriften entpuppen sich bei näherem Nachsehen als alte Nummern der „fliegenden Blätter“ oder des „Dorfbarber“; die Buchhandlungsfirma weiß natürlich von Aufträgen nicht das geringste.

Zu dem Radfahrungsfall auf der Treptower Chaussee, über den wir gestern berichteten und bei dem die Frau des Waidbrüders Reimann aus der Putbusener Straße erheblich verletzt wurde, erhalten wir zur Ergänzung von einem Augenzeugen folgende Zuschrift: „Der Unfall trat sich auf der Chaussee direkt vor dem Treptower Amtshause zu und so war es natürlich das naheliegendste, die Verunglückte in dasselbe hineinzutragen. Ein vorübergehender Spaziergänger, ein älterer Herr, der sich als Mitglied des Roten Kreuzes legitimierte, erbot sich sofort einen Rotverband anzulegen, sofern ihm Verbandzeug zur Verfügung gestellt würde. Doch siehe, auf dem Amtshause in Treptow war weder ein Stüchlein Verbandzeug noch eine Kragbahre vorhanden und so mußte die Verunglückte, nachdem sie längere Zeit im Garten des Amtshauses gelegen hatte, mit Schmutz und Blut bedeckt, in einer Droschke nach der Rettungsstation am Görtziger Bahnhof geschafft werden.“

Es ist in der Tat auffällig, daß im Amtshause auch nicht ein Stüchlein Verbandzeug vorhanden war, um der Verunglückten schnell helfen zu können. Die Mittel, die hierfür notwendig sind, sind so minimale, daß es daran doch nicht liegen kann.

Der Schwibbogen der Deutschen Bank ist nun glücklich fertiggestellt. Mit der Gerüstabnahme ist begonnen und es ist zu hoffen, daß die Schwierigkeiten, die durch den Bau dem Verkehr so lange erwachsen sind, endlich beseitigt werden.

Fund einer Kindesleiche. Im Kellerhals des Hauses Markgrafenstraße 14 wurde gestern früh die Leiche eines kleinen Kindes, in Lumpen und Papier eingehüllt, vorgefunden und von der sofort benachrichtigten Polizei beschlagnahmt.

Ueberefahren wurde gestern abend um 7 Uhr eine gut gekleidete Frau, die in der Brunnenstraße vor dem Hause 190 von einem in Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen abspringen wollte. Die Frau wurde vom Wagen erfasst und gingen ihr die Rippen über die ganze rechte Körperseite. Der Tod trat nach wenigen Augenblicken ein.

An der Brandstätte am Rottbuser Ufer hatte die Feuerwehre auch während der vergangenen Nacht zu tun. Um 6 Uhr war die fünfte Kompanie abgerückt und um 8 Uhr wurden die zweite und dritte Kompanie durch Hilfe der ersten und vierten Kompanie abgelöst. Die von außen total geschwärzten Bretterplank schmelzen im Innern noch ganz gewaltig. Sobald die Feuerwehre eine kleine Pause mit Wassergeräten machte, schlugen sofort die Flammen aufs neue empor. Es wurden deshalb zwei Büge auf der Brandstelle stationiert, die ununterbrochen mit acht Schlauchleitungen löschten. Das Wasser stand eine Zeitlang ziemlich hoch auf dem Holzplatz, bis es plötzlich schnell abfloß. Es hatte durch die Grundmauern einen Abfluß nach den Kellern des angrenzenden Grundstücks Mariannenstraße 31 (Industriegebäude) gefunden und diese total unter Wasser gesetzt. Es mußte deshalb eine Dampfströme auf dem Hof dieses Grundstücks aufgestellt werden, mit der das Wasser, das auf der anderen Seite in die Luft gespritzt wurde, soweit es nicht verdampfte, wieder ausgepumpt werden mußte. Die Betriebe auf diesem Hofe waren während des Brandes eingestellt worden. Nur die Feuerwehre hielt es dort aus. Die Situation war aber auch eine höchst kritische. Das Hofgebäude wurde nur durch eine Fachwerkwand von dem Brandherde getrennt. Die Stützen und Balken in der Wand gingen an zu brennen. Durch kleine Öffnungen in der Wand schlugen die Flammen in die Räume, setzten den Fußboden und anderes in Brand, so daß die Gefahr für die vielen dortigen Betriebe (Wärmewerk, Metallwarenfabrik von Bamberg, Galvanische Anstalt usw., usw.) groß war. Die Mannschaften stoppten die Öffnungen zu, löschten den brennenden Fußboden ab und hielten die Wände und Dächer ständig unter Wasser. Abends glück die Wende einem Kriegslager, Tausende von Menschen waren in den Straßen, die von der Polizei gesperrt werden mußten, so daß nicht einmal die Straßenbahn verkehren konnte.

Bermittelt wird seit dem 15. d. M. der Knabe Karl Kndt, 20. 9. 08 in Berlin geboren. Er ist mittelgroß, schlank, hat ziemlich langes blondes Haar, längliches gesundes Gesicht, blaue Augen, absteigende Ohren, vollständige große Zähne und war bekleidet mit blauer Schirmmütze, altem blauem Wollensack, schwarzen Strümpfen, ziemlich neuen schwarzen Knöpfschuhen und weissem Hemd. Der Knabe ist am genannten Tage, nachmittags zwischen 5 1/2 und 6 Uhr an der Saarnhorst- und Niersstrassen-Ecke zuletzt gesehen worden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er hier in das Wasser gefallen und ertrunken ist. Diejenigen Personen, die irgendwelche Angaben zur Ermittlung des Knaben machen können, werden gebeten, sich in einem Polizeirevier oder bei der Kriminalpolizei, Zimmer 331, mündlich oder schriftlich zu melden zu Tagebuch-Nr. 1918 IV, 2. 09.

Zeugen gesucht. Personen, die am 28. Mai gesehen haben, wie ein junger Mann abends 7 Uhr in der Neuen Friedrichstraße mit einem Schutzmann ein Renkontre hatte, werden gebeten, ihre Adressen an Mendat, Berlin, Markussstr. 52, abzugeben.

Feuerwehrrachrichten. Der 16. Zug hatte gestern in der Fennstraße 15 zu tun, wo Kohlenhaufen, das Dach von einem Kesselhaufe in einer Tapetenfabrik u. a. brannten. Dem energischen Vorgehen der Feuerwehre gelang es, den Brand zu löschen, bevor er eine größere Ausdehnung erlangt hatte. In der Gartenstraße 78 mußte ein Tischleresbrand gelöscht werden, ferner wurde die Feuerwehre nach

der Schlemmerstraße 12 alarmiert. Dort war Feuer ausgebrochen, wobei die 37-jährige Erna Wild lebensgefährliche Brandwunden am ganzen Körper erlitten hat. Die Feuerwehr brachte das Kind in hoffnungsvollen Zustand sofort nach dem Lazarus-Krankenhaus in der Bernauer Straße. In der Puttenstraße 41/44 in Charlottenburg brannte in einem Keller ein Haß mit Maschinenöl und in der Nuppiner Straße 27 eine Kasse. Außerdem rückte die Wehr nach der Fruchtstraße 59, Urbanstraße 88 und anderen Stellen aus. Wie sich jetzt herausgestellt, schwebte das Luffen-Theater gestern in Gefahr. Es stößt mit der Bühne und dem Kassenraum unmittelbar an die Brandstelle. Nur dem Umstande, daß der Brand am Tage ausbrach, die Feuerwehr sofort diese Gefahr erkannte und trotz der großen Hitze und des Qualms, der, vom heftigen Winde getrieben, das Theater vollständig umhüllte, wacker handelte, ist es zuzuschreiben, daß das Theater verschont geblieben ist.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Eine Erhöhung der Krankenhaus-Kurkosten steht nun auch für Charlottenburg bevor. Entsprechend dem Vorgehen der Krankenhausverwaltungen in Berlin, Schöneberg, des Teltower Kreises und einiger staatlicher Krankenhäuser sollen auch in den hiesigen Krankenhäusern in der Kirchstraße und auf Westend Erhöhungen der Kurkosten für die dritte Verpflegungskategorie eintreten. Die Sätze betragen jetzt für einheimische Erwachsene 2,50 M., für Kinder bis zu 12 Jahren 2 M., für Erwachsene von auswärtig 3 M., für auswärtige Kinder unter 12 Jahren 2,50 M. pro Tag. Vom 1. Oktober 1909 ab sollen die Tagesätze betragen für einheimische Erwachsene und Kinder gleichmäßig 3 M. Den gleichen Satz entrichten alle Mitglieder von Krankenkassen, Abonnementvereinen und Berufsgenossenschaften. Auswärtige Erwachsene und Kinder zahlen 3,50 M. pro Tag. Kommen die auswärtigen Kranken oder aus Gemeinden, deren Heilanstalten höhere Sätze für fremde Kranke fordern als Charlottenburg, so werden pro Person und Tag 5 M. berechnet.

Die Gründe für diese nicht gerade sozialfreundliche Maßnahme liefert dem Magistrat das Vorgehen der oben genannten Krankenhausbearbeitungen. Ferner gibt der Magistrat an, daß auch bei den neuen Sätzen die Selbstkosten nicht erreicht werden. Dieselben betragen im Durchschnitt in beiden Krankenhäusern von 1905 bis 1907 4,00, 4,10 und 4,37 M.

Von unserem Standpunkt aus haben beide Gründe wenig Beweiskraft. Dem Einwand, daß durch die geringeren Sätze ein zu starker Andrang auswärtiger Kranken zu den Charlottenburger Anstalten stattfinden würde, ließe sich im alleräußersten Falle durch eine Erhöhung der Sätze für Auswärtige wohl abhelfen. Dem aber zu gleicher Zeit auch die Kurkosten für Einheimische erhöht werden, so verkennt die Stadtverwaltung die Aufgabe der städtischen Krankenhäuser total. Die Krankenpflege der Gemeinde sollte nicht nur nicht darauf bedacht nehmen, ihre Unkosten durch Erheben von Kurkosten auch von den Unbemittelten zu decken, sondern die kommunale Krankenfürsorge sollte vollkommen kostenlos für jeden Kranken sein. Um so unvorteilhafter wirkt es, wenn eine Gemeinde, deren Leitung sich als besonders sozial und liberal geriert, die unsoziale Haltung anderer Gemeinden als billige Gelegenheit benutzt, den berechtigten Forderungen an eine redlich sozial und liberal handelnde Gemeindeverwaltung ins Gesicht zu schlagen. Die Arbeiterkassen und mit ihnen die Krankenkassen, werden dafür bezahlen müssen.

Die Kindesleiche in der Marktlasse. Ein schauerlicher Leichenfund wurde am Charlottenburger Ufer gemacht. In unmittelbarer Nähe der Döberleiden sahen Schiffer auf der Oberfläche des Landwehrkanals eine Marktlasse treiben. In der Lasse lag der Leichnam eines neugeborenen Knaben. Die Leiche war an einzelnen Stellen verstaumelt. Der Leichnam wurde nach dem Schauhaus gebracht, wo die Obduktion stattfinden wird.

Schöneberg.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich zunächst mit einem Dringlichkeitsantrag der liberalen Fraktion, in welchem vom Magistrat verlangt wird, Schritte zur Einberufung eines außerordentlichen Städtetages einzuleiten, um gegen die städtefeindlichen Beschlüsse der Reichsfinanzkommission Stellung nehmen zu können.

Stadt. Starke (liberale Fraktion) führte in seiner Begründung des Antrages aus, daß die von der Reichsfinanzkommission beschlossenen Steuern den Stempel des Dilettantismus an der Stirn tragen. Redner unterzog die einzelnen Steuern einer besonderen Kritik. Die Steuern auf Licht und Mehllicht bezeichnen er als einen Hohn auf die sozialpolitischen Bestrebungen der Städte. Die Reichswerftzuzwachssteuer sei eine Belastung der Städte zugunsten des platten Landes. Redner hält es für nötig, daß nicht die Städte einzeln, sondern insgesamt gegen die Steuerprojekte energisch zu protestieren haben.

Der Antrag wurde darauf einstimmig ohne Debatte angenommen.

Dem Antrage des Magistrats, für die Ausschmückung des Barbarossaplatzes ein Preisanschreiben zu erlassen, wurde zugestimmt.

Der Magistrat beantragte sodann die Einrichtung einer Schulzahnklinik zum 1. Januar 1910. Die einmaligen Ausgaben sollen 3000 M. und die laufenden Ausgaben jährlich 9400 M. betragen.

Für die Eröffnungsfest der Schöneberger Kindererholungsheime in Wyl auf Höhe am 30. Juni werden 4750 M. verlangt. An der Feier sollen teilnehmen: 3 Magistratsmitglieder, 7 Stadtverordnete, 14 Mitglieder der Wohlfahrtsdeputation, 11 Mitglieder vom Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose und 10 Ehrenäste. Den Teilnehmern sollen die Selbstkosten für Reise und Aufenthalt ersetzt werden.

Stadt. Käter (Soz.) hält die Zahl der Stadtverordneten, die an der Feier teilnehmen sollen, für zu gering. Die Sparsamkeit sei hier am falschen Platze, da es sich um eine eingehende Information der Anstalt handle. Redner beantragt 13 Stadtverordnete zu entsenden.

Dem Stadt. Heyner (unabh. Wg.) ist die ganze Sache zu losspiegeln. Er beantragt nur die Wohlfahrtsdeputation und die Ehrenäste zu entsenden.

Nach Ablehnung beider Änderungsanträge wurde der Antrag nach dem Beschlusse des Magistrats angenommen.

Die Vorlage des Magistrats betreffend Regelung der Gehälter für die städtischen Lehrer wird zunächst dem Stadtausschuß überwiesen.

Wilmersdorf.

Wegen der Errichtung eines Theaters nach der Art des Charlottenburger Schiller-Theaters ist, wie gemeldet wird, ein Konfortium an den hiesigen Magistrat herangetreten. Die Frage soll in nächster Zeit die Stadtverordnetenversammlung beschäftigen.

Wannsee.

Von der Lokomotive erfasst und zertrümmert wurde, wie amtlich gemeldet wird, gestern 1 Uhr 8 Minuten nachmittags bei dem Ueberwege im Kilometer 22,06 der Wanneseebahn zwischen Neubabelsberg und Wannsee das Fuhrwerk des Posters Fritz Schönfeld aus Glindow bei Werder. Zwei Pferde wurden getötet. Schönfeld und sein Kutscher Gustav Bauh wurden leicht verletzt. Der Betrieb wurde nicht gestört. Der Grund des Unglücks ist Mächtigkeits der Wegesranken.

Johannisthal.

Ein braver Genosse, Hermann Ramsberger, wird heute nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes Ober-Schöneweide zur letzten Ruhe bestattet. Der Verstorbene hat jederzeit seine Schuldigkeit für die Partei getan. Die Genossen werden daher erjucht, recht zahlreich dem braven Streiter die letzte Ehre zu erweisen.

Bernau.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst der neu-gewählte Abgeordnete Siebely vom Bürgermeister eingeführt. Alsdann stimmte die Versammlung der Magistratsvorlage zu, ein Darlehen von 115 000 M. zu 4 Proz. Zinsen und 2 Proz. Amortisation von der Nieder-Barnimer Kreisparasse zu entnehmen, um dafür die weiteren Kosten des Krankenhausbauwerks zu bestreiten. Nachdem vom Magistrat bekannt gegeben war, daß die Gebühren im verfloffenen Jahre für Desinfektionen nur 60 M. betragen haben, wurde einstimmig beschlossen, von einer neuen Gebührenordnung Abstand zu nehmen. Die Gebühren sind von der Stadt zu tragen. Ihre Zustimmung gab die Versammlung der Magistratsvorlage betreffend die Pflasterung des Stadtmauerweges von der Viktoriastraße bis zur Altementsstraße; die Arbeiten wurden dem Steinsechmeister Gursch in Bernau zum Preise von 2973,50 M. übertragen. Eine Schanzstraße soll an der Wandlitzer Chaussee unweit des roten Wegweisers errichtet werden. Die Pflasterung derselben ist dem Restaurateur Wagner aus Weihensee zum Preise von 500 M. zugesichert worden.

Spandau.

In der kombinierten Sitzung des Gewerkschaftsrates und der Gewerkschaftsvorstände erstattete Genosse Hartung als Inhaber der Rechtsanwaltsstelle einen Rechenschaftsbericht. Nach diesem wurde die Anwaltsstelle im vorigen Jahre von 135 Personen in Anspruch genommen. Schriftsätze wurden 24 angefertigt. Der zweite Punkt der Beratung betraf die Erhöhung des Kartellbeitrages von 15 auf 25 Pf. — Nachdem der Obmann des Gewerkschaftsrates Genosse Ritzmann und noch andere Redner die Notwendigkeit betont, stimmte die Versammlung der Erhöhung einstimmig zu. Unter Verschiedenem gab der Genosse Gospodar einen Bericht über die am 21. Mai er. stattgehabte Wahlenkontrolle. Kontrolliert wurden 44 Wahlen, davon wurden nur 17 in Ordnung gefunden. Bei den übrigen fehlten teils die Schutzvorrichtungen, teils waren auch keine Verbandslisten vorhanden. Die Kontrolle bezog sich nur auf Spandau, nicht auch auf die Umgebungen. Genosse Ritzmann wies noch auf die Bibliothek hin, für die mehr getan werden müsse, und monierte, daß die Kartellleistungen so schwach besetzt sind. Genosse Schubert regt an, daß bei den maßgebenden Behörden Schritte getan werden, damit in die Liste der Schöffen auch Gewerkschaftsmitglieder aufgenommen werden. In der nächsten Kartell-sitzung soll hierüber Beschluß gefaßt werden. — Genosse Sior wies auf die am Sonntag, den 13. d. M., bei Steinbach statt-findende öffentliche Versammlung hin, an welcher sich der ganze Kreis beteiligen wird. In dieser Versammlung wird Genosse Karl Lieblinicht zum ersten Male nach seiner Haftentlassung sprechen.

Potsdam.

Die Einrichtung einer höheren Frauenschule (Gyrcum) im Anschluß an die höhere Mädchenschule hat nur mangelnden Zuspruch gefunden. Einige Kurse mußten ganz ausfallen. Die meisten Besucherinnen weisen Bürgerkunde (15) und Philosophie (19) auf. Ein größerer Zuspruch seitens der Stadt ist daher unvermeidlich.

Gerichts-Zeitung.

Hoheiten gegen hilflose Tiere

hatte der Kutscher Georg Bähle verübt, welcher sich gestern unter der Anklage der Tierquälerei und der Beamtenbeleidigung vor der 4. Strafkammer des Landgerichts III verantworten mußte. Der Angeklagte war als Kutscher bei dem Schlächter und Viehtransporteur Erdmann in Spandau angestellt. Am 9. Januar d. J. erhielt er den Auftrag, von dem Berliner Zentralviehhof 21 Schweine abzuholen und nach Spandau zu transportieren. Auf dem Viehhof wurde er von einem bekannten Schlächtermeister aus Spandau gebeten, für ihn noch 15 Hammel mit nach Spandau zu transportieren. Trotzdem der sogenannte Singentransportwagen des Angeklagten schon völlig beladen war, brachte er auch noch die 15 Tiere unter, so daß in dem Wagen 36 Tiere eingepfercht waren. Die Folge war, daß ein Hammel, als L. in Spandau ankam, totgedrückt war. Im Kerker hierüber ließ sich der Angeklagte nun zu einer beispiellosen rohen und brutalen Behandlung der übrigen Tiere hinreißen. Anstatt die zum Ausladen bestimmte Kampe zu benutzen, packte der Angeklagte die Tiere an den Beinen oder am Fell und warf sie in großen Bogen von dem über 3 Meter hohen Wagen auf das vereiste Steinpflaster herunter. Die Tiere blieben hier erst minutenlang betäubt liegen, da ihnen durch die rohe Behandlung verschiedene Glieder gebrochen worden waren. Die meisten Tiere hatten gebrochene Beine, andere große Hautabschürfungen davongetragen. Wegen dieses Vorfalles wurde L. aus seiner Stellung entlassen. Kurze Zeit darauf wiederholte sich der gleiche Vorgang. Der Angeklagte hatte für den Schlächter Böke 35 Schweine von dem Viehhof geholt. Beim

Ausladen nahm er sich wiederum nicht erst die Mühe, die Kampe an dem Wagen zu befestigen, er warf vielmehr wiederum die armen Tiere auf das harte Steinpflaster, wo sie mit gebrochenen Gliedmaßen liegen blieben. Von empörten Passanten wurde schließlich der Polizeisergeant Kiefer herbeigeholt, der die Verübung weiterer Hoheiten hinderte. Als sich der Beamte entfernte, rief ihm der Angeklagte eine Flut gemeiner Schimpfwörter nach. — Das Schöffengericht Spandau erkannte wegen der Tierquälerei auf die verhältnismäßig sehr milde Strafe von einer Woche Haft und wegen der Beleidigung auf einen Monat Gefängnis. Dagegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. In der gestrigen Verhandlung machte der Staatsanwalt Taube geltend, daß in dem vorliegenden Falle die leider noch viel zu geringe Höchststrafe bei Tierquälerei in Anwendung gebracht werden müsse, zumal in der Öffentlichkeit genug darüber geklagt werde, daß betrieblige Hoheitsdelikte viel zu niedrig geahndet würden. Der Staatsanwalt beantragte deshalb wegen der Tierquälerei 6 Wochen Haft und wegen der Beleidigung 4 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 6 Wochen Haft und 1 Monat Gefängnis.

Vermischtes.

Aus dem Zuchthaus entsprungen. Aus der Strafanstalt in Sonnenburg ist der Tischler und Kleiner Max Schmidt aus Berlin, der dort eine Strafe von 4 1/2 Jahren zu verbüßen hatte, die er im Oktober 1907 antrat, auf verwegene Weise entsprungen. Schmidt, ein berüchtigter Einbrecher, der in Berliner Verbrecherkreisen den Spitznamen „Milionemmer“ führt, durchsägt während der Nachtzeit die eisernen Stäbe vor seinem Zellenfenster, ließ sich alldann auf den Hof hinab und überstieg mittels einer kleinen Schiebeleiter, die er sich gelegentlich seiner Beschäftigung in der Tischlerwerkstatt heimlich anzufertigen geübt hat, die hohe Außenmauer. Mehrere als „notwendiges Handwerkzeug“ aus der Anstalt mitgenommene Dietriche sind ihm beim Hinabspringen verloren gegangen. Die Flucht des gefährlichen Verbrechers wurde erst am nächsten Vormittag bemerkt. Die Nachforschungen nach seinem Verbleib sind bis jetzt resultatlos verlaufen.

Absturz eines Balkens. In Grina bei Chemnitz stürzte, wie aus Chemnitz berichtet wird, der hölzerne Balken des ersten Stockes einer Villa, während sich vier Personen auf ihm befanden, in die Tiefe. Es waren dies der Kaufmann Döring, der Bahnhofsinpektor Raue und zwei Herren aus Amerika, die als Einkäufer nach Deutschland gekommen waren. Sie wurden bei dem Sturz sämtlich mehr oder weniger schwer verletzt. Einem der Herren drang der Pfahl eines Rosenstrauches, auf den er fiel, tief in den Unterleib.

Neun Fischer ertrunken. Wie aus Vrest gemeldet wird, scheiterte auf der Höhe von Quessant ein Fischerboot aus Douarnenez, wobei neun Mann, meist Familienväter, ertranken.

Verband der Bureauangestellten. Desfentliche Protokollversammlung am Donnerstag, den 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Rastlerstraße, Rastler-Wilhelmstraße 18 m. Verbandsvorsitzender Karl Siebel spricht über „Der Kampf und Recht“.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 7. Jahrgang, wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr Sonntag abends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein Buchstabe und eine Zahl als Verzeichnis beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Die zur Verantwortung in Briefkasten können 14 Tage vergehen. Einige Fragen setzen man in der Sprechstunde vor.

Alter Abonnent v. 88. Ob zu verwenden, saglich. Aber senden Sie nur ein — Deutschverbrecher. „Du fürdest dich wohl vor mir“. — Schwarz 88. Darüber sind keine Daten vorhanden. — Wien. Eine solche Firma konnten wir nicht ermitteln, daher Vorsicht geboten. — R. R. und W. R. Darüber müssen Sie einen Arzt zu Rate ziehen. — Veckly B. III. Die Adressen haben folgende Durchmesser: S. 1 390 000, R. 3480, C. 12 750 Kilometer. — J. 60. 1. Kein. 2. Ihre Ansicht können Sie vielleicht erreichen bei der Niedersee-Erhaltung, Bureau Rathaus, Zimmer 21. — M. G. 36. Die Gemeindefinanzkommisionen betragen dort 20 Proz. mehr als die Staats-Einkommensteuer. — G. J. C. 11. 1. Kräftiger Rat hierbei unerlässlich. 2. Durch die fortwährende Entroddnung des Holzes.

Witterungsüberblick vom 8. Juni 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Wolkenlage	Temper. in °C	Stationen	Barometer-höhe mm	Wind-richtung	Wolkenlage	Temper. in °C
Swinemünde	760	SSW	8 Regen	12	Haparanda	762	RD	4 bedeckt	7
Hamburg	763	SSW	3 bedeckt	12	Petersburg	764	WS	1 heiter	10
Berlin	762	SS	4 bedeckt	12	Selby	768	RD	1 heiter	12
Frankfurt a. M.	761	RRD	3 heiter	12	Aberdeen	764	WS	2 bedeckt	12
München	762	SS	2 bedeckt	13	Paris	765	R	2 wolkenl	12
Wien	761	ENE	bedeckt	19					

Wetterprognose für Mittwoch, den 9. Juni 1909.

Hiemlich kühl, vorherrschend wolkig bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 7. 6.		am 8. 6.		Wasserstand	am 7. 6.		am 8. 6.	
	m	cm	m	cm		m	cm	m	cm
Remel, Mühl	158	-5	158	-5	Saale, Groditz	58	-6	58	-6
Wegfel, Jüterburg	-30	+2	-30	+2	Saale, Spandau	49	+4	49	+4
Wegfel, Thora	120	+2	120	+2	Saale, Prenzlauer	60	-6	60	-6
Oder, Rathen	352	+108	352	+108	Spre, Spremberg	66	-6	66	-6
Krossen	225	-9	225	-9	Weslow	66	-1	66	-1
Frankfurt	217	+7	217	+7	Weser, Minden	63	+5	63	+5
Wartze, Schinow	31	-1	31	-1	Weser, Minden	24	-10	24	-10
Wartze, Sandberg	25	-5	25	-5	Weser, Wismarschen	434	+14	434	+14
Rege, Borchum	-7	-2	-7	-2	Weser, Wismarschen	174	0	174	0
Elbe, Zeitz	-38	-5	-38	-5	Weser, Wismarschen	151	-1	151	-1
Elbe, Zeitz	-146	-3	-146	-3	Weser, Wismarschen	52	+2	52	+2
Elbe, Zeitz	82	-6	82	-6	Weser, Wismarschen	66	0	66	0
Elbe, Zeitz	82	0	82	0	Weser, Wismarschen	13	-4	13	-4

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — ? Unterpegel.

Die Oder stieg bei Rathen gestern bis um 5 Uhr nachmittags auf 404 cm, ist aber nach telegraphischer Meldung heute früh auf 355 cm gesunken und fällt jetzt weiter.



Sunlicht Seife

hat einen märchenhaften Umsatz. 20 Millionen Stück ist der Wochenverbrauch. Über die ganze Erde ist Sunlicht-Seife verbreitet. Dieser enorme Consum ist aber das beste Zeugnis, welches diesem hervorragenden Fabrikat ausgestellt werden kann, das überall in stets gleichbleibender Güte zu haben ist!

